

**Bezugspreis:**  
Blattjährlich 30,- M., monatlich 10,- M.  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
trag: Monatlich 10,- M., einjährig 120,-  
M., halbjährig 60,- M. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Danzig, das Saar- und  
Rheinland, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,  
Litauen und Bessarabien 30,- M. für  
das übrige Ausland 27,- M. Post-  
bestellungen nehmen an Österreich,  
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Bildung und Reizgarten“  
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags  
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Vorwärts“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die achtspaltige Kompositorenzeile  
kostet 1,50 M. „Kleine Anzeigen“  
das letzte Blatt 1,50 M. (10-  
spaltig) zwei letzte Blätter, jedes  
weiteres Blatt 1,- M. Stellenanzeigen  
und Stellenanzeigen das erste  
Blatt 1,- M., jedes weitere Blatt  
50 Hg. Worte über 10 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Seite 2.- M.  
Die Werte verstehen sich einschließlich  
Erweiterungsschlag.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 6 Uhr nachmittags im  
Hausdruckerei Berlin S.O. 68, Linden-  
straße 3 abgegeben werden. Großan-  
noncen von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Vorwärtsplan 15195-97  
Expedition Vorwärtsplan 11753-54

Donnerstag, den 7. Juli 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigenschalt-  
Abteilung Vorwärtsplan 11753-54

## Die kommenden Steuervorlagen.

Der Reichskanzler und Reichsfinanzminister Wirth hat nunmehr im Reichstag den Umriss der neuen Finanzaufgaben, die im Herbst durch die Volksvertretung zu erledigen sind, bekanntgegeben. Es handelt sich hierbei um den Rahmen, innerhalb dessen die Steuervorlagen geschaffen werden müssen. Dabei hat sich schon in den gestrigen Verhandlungen — wenn man es nicht ohnedies gewußt hätte — ergeben, daß die Kreise, denen bekanntlich das Vaterland über alles geht, auch jetzt bei diesem ihrem Grundgesetz bleiben wollen: Liebe, soviel ihr haben wollt, aber Geld? Nein!

Der Reichskanzler stellte die kommenden Geldopfer des Reiches in die richtige Perspektive, er betonte, daß man beim Beginn der Liquidation des Weltkrieges noch nicht die Lasten des Friedensvertrages kennen konnte. Die inzwischen eingetretene Geldentwertung, „nachträgliche Kriegsausgaben“, die nach vierjähriger Verbrauchswirtschaft notwendig werdende Erneuerung des Verkehrswesens und die Kontributionen schufen die finanzielle Zwangslage, in der wir uns jetzt befinden. Hinzuzufügen ist noch, daß bei der Entente das Mißverhältnis zwischen den Steuerleistungen der deutschen Industrie, der gut verdienenden großen Landwirtschaft, der vielen Reichen und Ganzreichen ihren gigantisch ausgebauten Gewinnquellen und ihrem ins wahrwichtige gehenden Gemütsleben mit die Ursache dazu geworden ist, die finanzielle Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes zu überfordern.

Die Ausführungen Wirths gaben im einzelnen über das in Aussicht stehende Steuerprogramm vieles, was in den letzten Tagen schon mehr oder weniger klar bekannt geworden ist. Zustimmung findet er sicher bei allen, die es mit Deutschland ehrlich meinen, wenn er ankündigt, daß die Technik der Erhebung der Einkommensteuer gründlich verbessert werden muß. Das pflügen die Spagen schon lange vom Dache, daß die Berechnung der Einkommensteuer bei den höher Verdienenden nur mehr noch eine Wissenschaft der Steuergelehrten war. Der Reichskanzler schätzte den Gewinn aus der Verbesserung der Steuererhebungstechnik auf acht Milliarden!

Die Körperschaftsteuer muß endlich die Gewinne der Aktiengesellschaften ebenso erfassen wie das Einkommen der Privatpersonen. Heute zahlen die juristischen Personen (Aktiengesellschaften usw.) im Grunde nicht mehr Prozent Steuer als ein Arbeiter, der 24 000 M. im Jahr verdient. Die Nachkriegsgewinne sollen in Zukunft ehrlich ihr Teil mit abtragen.

Auf die Einzelheiten der Ausgaben, die der Reichstag im Herbst rasch und großzügig, voll seiner Verantwortung bewußt, durchzuführen hat, schon heute einzugehen, erübrigt sich. Die Richtlinien der sozialdemokratischen Mitarbeit sind durch die entscheidenden Ausführungen des Reichskanzlers gegeben.

Nur eines sei noch betont: Die Vorteile, welche der Besitz von Sachwerten gegenüber dem Papierbesitz noch hat und genießt, sind in vollem Umfange weitz zu machen. Der Weg zu dieser Pflicht der Sachwerte führt über die Beteiligung des Reiches. Dabei soll es uns nicht so sehr auf Namen und Form, es wird uns aber auf den ersten Inhalt des Gesetzes ankommen. Die sogenannte „Veredelung“ des Reichsnotopfers, bei der der Vorteil, den der Realbesitzer gegenüber dem Papierbesitzer bisher genossen hat, wieder ausgeglichen werden soll, ist allenfalls nur ein Anfang. Die Beteiligung des Reiches an Besitz der wertenden Sachwerte, durch die für den äußersten Fall Rücklagen geschaffen werden, wird nicht zu vermeiden sein. Nur bei voller Erfüllung dieser Bedingungen wird die Sozialdemokratie, getreu dem Standpunkt der Millionen ihrer Anhänger, in der Stunde der Not das Land nicht im Stich zu lassen, auch die schwere Verantwortung für Verbrauchssteuern mit übernehmen können.

Die Rechte des Reichstages wagte es, Herr Helfferich auf die Rednertribüne zu schicken. Geistreich, wie dieser Herr nun einmal ist, meinte er, daß 130 oder gar 150 Proz. seines Besitzes sogar der reichste Mann nicht zahlen könnte. Das ganze deutsche Volk wäre glücklicher daran als es heute ist, wenn die politischen und sonstigen Freunde des Herrn Helfferich die 150 Proz. ihres Vermögens, die sie heute als Steuern ausrechnen, auch wirklich zahlten. Sie behielten dabei immer noch die Hälfte ihres wirklichen Reichtums. Am Steuerpöbel ist noch kein Deutschlandler fürs Vaterland gestorben, aber durch ihre Politik hat Millionen von Menschen auf Jahrzehnte hinaus gezwungen, unter dem Existenzminimum zu leben.

Genosse Reil sprach dem Volke aus dem Herzen, als er Herr Helfferich, der doch einmal dem Feinde Milliardenkosten viele Jahre lang aufbürden wollte, so zeigte, wie er wirklich ist, als einen Führer derjenigen, die Deutschland in das Unglück stürzten.

Sicher ist die weit über alle Klugheit hinausgehende Sanctions- und Kontributionspolitik der Entente mitschuldig an den Sorgen, die auf uns allen lasten. Aber wir wollen nie vergessen, daß die gefährlichsten Feinde Deutschlands diejenigen waren, die uns heute wieder den „Weg der Befreiung vom Ultimatum“ führen wollen. Den Leidensweg kennen wir. Jetzt wollen wir ehrlich erfüllen, was uns möglich ist, und dazu soll und muß jeder beitragen nach seinem Vermögen!

Der Reichstag trat gestern in die dritte Beratung des Nachtrages zum Reichshaushaltsplan ein.

### Reichskanzler und Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

Der Kabinettsrat hat angeregt, bereits Anfang September die großen Steuervorlagen und die allgemeinen Probleme der Reparation zu beraten. Von mir wünschte man noch vor den Ferien eine allgemeine Vorlegung über die Steuerpläne der Regierung. Ich habe diese Aufklärungen heute in einem Ausschusse des Reichswirtschaftsrates gegeben. — Als die Nationalversammlung vor zwei Jahren an die ungeheuer schwere Aufgabe der Liquidation des Weltkrieges herantrat, konnte man natürlich noch nicht die Summe, die jährlich aus dem Friedensvertrag zu zahlen ist, weiterhin konnte man noch nicht mit der inzwischen eingetretenen Geldentwertung rechnen. Schließlich sind auch noch „nachträgliche Kriegsausgaben“ hinzugekommen. Die Erneuerung des Verkehrswesens usw. führte zu einer hohen Schuldenermehrung. Für jede vorbrauchte Goldmark mußten viele Mark in Papiermark aufgebracht werden. Gegenwärtig beträgt der innere Wert der Mark nur ein Zehntel der Friedensmark. Auf dem Weltmarkt ist die Mark dauernd schweren Schwankungen unterworfen. Dort ist ihr innerer Wert noch geringer. Demgemäß erscheint das Bild des Bedarfs von Reich, Ländern und Gemeinden in ungeheurer Vergrößerung. Jede Milliarde neuer Schulden ist im Inneren nichts anderes als eine Summe von hundert Millionen Goldmark; jede Mark Steuern an das Reich bedeutet tatsächlich nur einen Friedensgroschen. Selbstverständlich ist auch jede Mark Einkommen nichts anderes als ein Groschen. (Sehr richtig!) Das vergessen die Steuerzahler sehr oft den Forderungen des Reiches gegenüber. Man muß auch bei Vergleichen zwischen dem Schuldenbestand vor dem Kriege und gegenwärtig, zwischen den Ausgaben vor der Katastrophe und gegenwärtig die innere Geldverminderung stets in Betracht ziehen. Das wird in der Presse oft vergessen. Wie steht unser Etat in der Gegenwart

aus? Da ist zunächst der ordentliche Etat mit 48,5 Milliarden Ausgaben, darunter 35,8 Milliarden für die eigentlichen Reichszwecke und 12,7 Milliarden für Länder und Gemeinden. Der außerordentliche Etat für 1921 wies noch die Summe von 59 Milliarden Mark auf, darunter 26,6 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages und 18,9 Milliarden für die Zuschüsse an die Betriebsverwaltungen. Die übrigen 14,2 Milliarden sind nötig für Lebensmittelsubventionen, Erwerbslosenfürsorge, Wohnungsbau u. a. Dieser außerordentliche Etat muß möglichst rasch abgebaut werden.

Diese Ausführungen waren notwendig, weil die Kenntnis unserer Etatsziffern in Deutschland sehr wenig verbreitet ist. (Zustimmung.) Ich muß die Erfordernisse, die aus dem Ultimatum erwachsen, und die anderen außerordentlichen Ausgaben scharf trennen. Die 26,6 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages gehen zum größten Teil direkt über in den Etat der Kontributionen, der in Zukunft einen Teil des ordentlichen Haushalts ausmachen wird. Deshalb wird möglicherweise dieser Beitrag einmal doppelt auftreten. Einmal für die Erfüllung des Ultimats, ferner noch einmal im außerordentlichen Haushalt. Nur soweit wir noch Entschuldigungen zu leisten haben, sind diese als einmalige außerordentliche Ausgaben zu behandeln. Die Ausgaben des außerordentlichen Etats dürfen nicht mit dem Kontributionsetat zusammengezählt werden, da sie dauernde Ausgaben sind. Der Kontributionsetat schwankt leider fortwährend nach der Höhe der 20prozentigen Ausfuhrabgabe und nach der Höhe des Entwertungsindex des deutschen Geldes. (Valutastand). — Jede Reparationspolitik und jede Steuerpolitik müssen ad absurdum geführt werden, wenn die Mark dauernd fällt. (Sehr richtig! — Einschränkung der Rentenpreisel!) Die Rücksicht auf die Schwankungen unserer Valuta gestaltet letzteres sehr schwierig. Die Reparationsleistungen sind gegenwärtig mit 3,8 Milliarden Goldmark zu beziffern. Hingru kommt der schwankende Posten der Kosten der Besatzung. Für das laufende Jahr sind rund 10 Milliarden eingestellt worden. Wir müssen nach einer Fixierung der Besatzungskosten streben. Auch die Gegenseite hat anerkannt, daß die Besatzungskosten einzuschränken sind.

Auch der Umfang der Sachleistungen steht leider noch nicht genau fest. Für die ersten Jahre wird man mit einer Papierablastung auf Grund des Ultimats in Höhe von 42 Milliarden rechnen müssen. Dazu kommen noch die Kosten der Besatzung. Für den außerordentlichen Etat bleiben zur Erfüllung des Friedensvertrages etwa 8 Milliarden; die übrigen 21 Milliarden werden auf den ordentlichen Haushalt übernommen. Wie soll nun die Deckung

erfolgen? Wir müssen danach streben, die laufenden Kontributionen durch laufende Einnahmen zu decken. Da werden wir auch vor schweren Steuern nicht zurückweichen dürfen und neue Einnahmequellen erschließen müssen. Für den Repa-

rationsetat muß auch die indirekte Besteuerung neben der direkten, wo sie noch aufbaufähig ist, verhärtet werden. Da die Ausgabe drängt, müssen wir zunächst die Steuerreformpläne zurückstellen und auf bekannten Wegen zum Ziele zu gelangen versuchen. Durch eine Verbesserung der Steuererhebung und der Kontrolle müssen wir aus unterer neubeschaffenen Einkommensteuer möglichst hohe Erträge herausziehen. Zu den Besitzsteuern kommt eine starke Erhöhung der Körperschaftsteuer, eine Besteuerung der Versicherung und ein Ausbau der Steuer auf Kraftfahrzeuge; ferner Ausbau der Zucksteuer, der Tabaksteuer, der Biersteuer, Änderung des Branntweinmonopols, Erhöhung der Zinswarensteuer. Der Ertrag des Reichsnotopfers muß gehoben werden; besonders die Befitzer von Realvermögen müssen nach ganz anders herangezogen werden. (Sehr richtig! links.) Ich denke da an eine

### neue Veranlagung des Reichsnotopfers.

die periodisch zu erfolgen hätte und der Veränderung des Wertes Rechnung trägt. Das Reichsnotopfer belastet das abgabenpflichtige Vermögen mit 10 Proz. Jetzt soll zu einem bestimmten Termin eine erhöhte Vermögensabgabe erhoben werden, die von Jahr zu Jahr neu zu veranlagten ist. Für die kleinen Rentner und kinderreichen Familien sind Vergünstigungen vorzusehen. Der voraussichtliche Ertrag bei solchem Umbau ist schwer zu schätzen. Das wird erst möglich sein, wenn die tatsächlichen Vermögensverhältnisse einigermaßen feststehen. Bei vorläufiger Schätzung werden wir immerhin auf einen Ertrag von 7 bis 8 Milliarden Mark jährlich rechnen können. Der Gedanke der Beteiligung auch der Industrie am Reichsnotopfer unterliegt zurzeit der Erörterung. Beabsichtigt wird die Heranziehung der Unternehmungen mit einem Bruchteil ihres Ertrages, indem ein Teil der Dividende dem Reiche zugeführt wird. Auf diese Weise werden dem Unternehmen keine flüssigen Mittel entzogen. Voraussichtlich im September kann ich hierüber näheres mitteilen. Weiter soll der Nachkriegsgewinn durch eine Umlage erfaßt werden. Geshort werden soll dabei der auf Erparnis beruhende Vermögenszuwachs. Eine sehr bedeutende Vermehrung der Einnahmen der Besitzsteuer erwarten wir durch eine

### Verbesserung der Steuererhebungstechnik.

Bei der Einkommensteuer erwarten wir allein aus einer sofortigen Nachprüfung und Veranlagung ein Mehrertrögen von 8 Milliarden. Bei einer nur ganz geringen Vermehrung der Kohlensteuer um 5 Proz. rechnen wir, die Schätzung kann natürlich nur roh sein, auf ein Mehrertrögen gegenüber dem Etat von etwa 32 bis 36 Milliarden Mark. Eine vorläufige Uebersicht über die finanzpolitische Wirkung der Durchführung der Steuererhebung ergibt etwa 80 Milliarden Steuereinnahme im ganzen. (Hört, hört!) Bisherlich wird der Ertrag noch höher sein und sich um die 100 Milliarden herum bewegen, d. h. etwa 10 Milliarden Goldmark. Die Kohle muß, soweit möglich, nutzbar gemacht werden für die Zwecke des Reiches. (Hört, hört!) Dazu tritt die Frage der Exportabgabe und die Frage der Spannung zwischen dem Inlandswert und dem Auslandswert der deutschen Mark. Auch diese Steuererhebung muß für das Interesse des Staates ausnützen. Aus der Kohlenwirtschaft soll das höchste Maß herausgeholt werden, das ohne Störung möglich ist. (Gelächter rechts.) Ohne die Lösung dieses Problems kommen wir nicht weiter. Zu erwägen ist die Erfassung der Valutagewinne.

Wie wird sich in großen Umrissen nach Durchführung dieses Steuerprogramms

### die steuerliche Belastung Deutschlands

gestalten? Nach einer vorläufigen und vorläufigen Schätzung werden sich die laufenden direkten Steuern insgesamt für die nächsten Jahre auf etwa 40½ Milliarden Mark belaufen. Dazu treten die Ergebnisse aus der Kriegsabgabe und der Besteuerung der Kriegsgewinne. Bei den indirekten Steuern sollen sich 36,25 Milliarden Mark ergeben. Insgesamt würden sich 51½ Proz. auf direkte Besteuerung, 7 Proz. auf die einkommensteuereigenen Steuern und 38½ Proz. auf alle übrigen Steuern ergeben. Dazu kommt, daß zu der Belastung des Besitzes die Länder und Gemeinden noch Nachtragssteuern erheben können. Der soziale Gesichtspunkt der Schonung der Minderbemittelten ist maßgebend gewesen. In späteren Jahren hätte dann noch die dritte Etappe unserer Finanzreform zu erfolgen: die endgültige Stabilisierung und die Währungsreform. Zurzeit steht das Steuerprogramm erst in großen Umrissen fest. Die Beratung in den nächsten Wochen im Reichskabinett wird zeigen, wie weit diese Vorlagen Ihnen zuzuführen sind.

Die Garantiekommision hat uns eine Note überreicht, in der sie darauf hinweist, daß für die Festigung der Valuta maßgebend sind: das Gleichgewicht des Budgets und die Einstellung der Ausgabe von ungedeckten Banknoten. Die Bedingungen würden abgeändert werden, wenn nicht

### ein durchgreifendes Reformprogramm

aufgestellt würde. (Hört, hört!) Das ist eine Warnung und Aufforderung an das deutsche Volk und seine Volksvertretung, durchgreifende Reformen vorzunehmen als bisher. Werden nun aber auch von der anderen Seite, die der Kommission nahesteht, radikalere Reformen zum Durchbruch kommen? Werden die Sanktionen und Pressuren nun befeitigt werden?

Wenn man einem Volkstörper derartige gigantische Lasten zumutet, müßte man sich nicht da bemühen, die wirtschaftlichen Wunden zu schließen? (Sehr richtig!) Was für die Sanktionen gilt, gilt in erhöhtem Maße auch

### für Oberschlesien.

(Zustimmung.) Ohne Entgegenkommen der anderen Seite können die heroischen Opfer nicht aufgebracht werden. Will man die Befrei-

Dung Europas, soll Deutschland an der Wiederaufrichtung der europäischen Wirtschaft teilnehmen, dann gebe man ihm ehedem Spiel, freien Raum zur Betätigung seiner wirtschaftlichen und geistigen Kräfte. (Beifall.) Wir haben den ehedem Willen und ermahnen nun die Antwort von der Gegenseite, eine aufrichtige und rasche Antwort auf die großen schwebenden Fragen und Angelegenheiten über die Sanktionen und Oberschleusen. (Lebhafte Beifall links und in der Mitte.)

Abg. Teimborn (Z.) dankt dem Reichskanzler für seine Worte über die Sanktionen und Oberschleusen. Zu den Steuerfragen können wir erst Stellung nehmen, wenn die einzelnen Beschlüsse uns vorliegen. (Zustimmung.)

### Deutschnationale Kampfanfrage.

Abg. Dr. Helfferich (Dn.): Die Zustimmung zu den letzten Worten des Reichskanzlers wäre noch größer gewesen, wenn der Ton um einige Grade schärfer und kräftiger gewesen wäre. (Lärm bei den Komm.) Die unerhörten Kränkungen der Alliierten gehen noch über das hinaus, was einst Karthago geschah. (Zuruf der Komm.: Kriegsverbrecher! — Rinstenlanger Lärm.) Der Reichskanzler hat die Finanzminister noch nicht in ihrem vollen Umfange angezogen. Die Ausgaben für das laufende Jahr betragen 108 Milliarden, denen 55 Milliarden Einnahmen gegenüber stehen. Keine direkte und indirekte Steuer, kein Anziehen der Steuerschraube kann aus dem deutschen Volke herauspressen, was die Gegenseite von uns fordert. (Zustimmung rechts.) Notopfer und Erbschaftsteuer lassen sich nicht verdoppeln, denn 130 oder gar 150 Prozent seines Vermögens kann der reichste Mann nicht zahlen. (Heiterkeit.) Nicht aus Nationalismus, sondern aus schwerer Überlegung heraus sagen wir heute, wie vor der Annahme des Ultimatums: das Ultimatum ist unerfüllbar! Wenn es nach den vorliegenden Wirtsch. ginge, so würde nach und nach das gesamte deutsche Vermögen in die Hände der Entente laufen. Das Ergebnis wäre die Fremdherrschaft. (Zurufe links: Was wollen denn Sie machen?) Der Weg des deutschen Volkes ist nicht die Erfüllung des Ultimatums, sondern der Weg der Befreiung vom Ultimatum. (Stürmischer Beifall rechts. — Zwischen und Lärm links.)

### Abg. Reil (Soz.):

Ich erkläre im Namen meiner Fraktion, daß wir uns dem Protest des Reichskanzlers gegen die Sanktionen anschließen, und zwar mit größtem Recht als der Vorredner. Unerhört ist in der Tat das Vorgehen der Entente. Aber wenn einer kein Recht hat, der Entente das vorzuwerfen, dann ist es Herr Helfferich. (Lebhafte Beifall links. — Lärm und Psuirufe rechts.) Das Auftreten des Abg. Helfferich wird nicht nur vom deutschen Volke, sondern auch vom Auslande als Propaganda empfunden werden. (Erneute Psuirufe und großer Lärm rechts.) Es gibt in diesem Haus und im ganzen deutschen Volke keinen Mann, der weniger als Herr Helfferich zu solchem Auftreten berufen ist. Helfferichs Zahlen sind ein Spiegelbild der gigantischen Schuld, die er im Kriege auf sein Haupt geladen hat. (Lachen rechts.) Was es nicht Herr Helfferich, der während des Krieges Deutschlands Finanzen zerstört und damit den Grund zu seinem militärischen Zusammenbruch gelegt hat? (Lachen rechts. — Zurufe: Resolution.) Er hat nur danach getrachtet, den Kriegsgewinnern ihre Profite nicht zu kürzen, im übrigen aber nach dem Grundsatze gehandelt: Nach uns die Sünde! Damit hat er die Schleusen geöffnet, durch welche die Papiergeldflut hereinströmte. Wenn die dem Abg. Helfferich nachstehenden Kreise

### ihre Kriegsziele auf das Mögliche beschränkt

hätten, so hätte der Krieg zu einer Zeit zu Ende gehen können, als wir noch nicht diese riesige Schuldenlast hatten. Herr Helfferich hat das Ultimatum als unerfüllbar bezeichnet. Ob es in Wirklichkeit erfüllbar ist, weiß heute kein Mensch. Jedenfalls ist die Aufgabe fürchtbar schwer. Aber auf die Frage, wie Sie (nach rechts) das Volk aus dieser Lage herausführen wollen, sind Sie uns die Antwort schuldig geblieben. Glauben Sie, daß die Entente sich bescheiden wird, wenn wir jetzt erklären, wir können nicht erfüllen? Schon einmal hat Helfferich mit seinen Prophezeiungen und Ratsschlägen uns ins Unglück geführt. Wir müssen dafür sorgen, daß er uns nicht noch einmal in schlimmeres Unglück führt. Die Entente hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie selbst zugreifen wird, wenn wir nicht unser Möglichstes tun. — Auf Einzelheiten des Steuerprogramms will ich heute nicht eingehen. Wir erkennen mit dem Reichskanzler die Pflicht an, alles zur Erfüllung des Ultimatums zu tun und zwar es rasch zu tun. (Zuruf rechts: Mit den Kräften der anderen!)

Ist etwa das deutsche Volkvermögen nicht entstanden aus dem Arbeitsertrag der deutschen Arbeiter?

Oder wollen Sie (nach rechts) behaupten, es sei lediglich entstanden aus der Arbeit des Herrn Stinnes oder anderer Kapitalisten?

Im letzten Jahre ist finanzpolitisch manches veräumt worden. Die Besitztseuer, insbesondere die hohen Steuerhöhen beim Notopfer sind nur Kulis: sie werden nirgends in voller Höhe eingezogen. Dafür sorgen die Veranlagung und die Steuerhinterziehungsorganisation. Mit allen Finessen sucht die Rechte die Einkommensteuer auszuhöheln, indem sie ihre Interessenten in die Sachverständigenausschüsse hineinschickt. Die Lebensführung vieler Besitzender spricht nicht für eine Überlastung mit Steuern. Die direkten Steuern belasten auch heute die deutsche Arbeiterkategorie schwer, deshalb kann man die Belastung durch direkte und indirekte Steuern nicht scharf voneinander trennen. Die bisher zu sehr gesparten tragfähigen Schichten müssen noch mehr belastet werden.

Ohne Erfassung der Sachwerte werden wir kaum zu einem befriedigenden Ergebnis kommen.

Das Reich muß sich einfach, um im Auslande Kredit zu behalten, in den Besitz eines Teiles der Sachwerte setzen. Wir werden die einzelnen Steuern kritisch prüfen unter dem großen Gedanken, unser Möglichstes zu tun und die Arbeitskraft des deutschen Volkes zu schonen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Beder-Hessen (D. Sp.): Obwohl wir das Ultimatum nicht mit unterschrieben haben, wollen wir an seiner Erfüllung mitarbeiten, sind aber der Ansicht, daß alle unsere Bemühungen vergebens sein werden. Ein neues Reichsnotopfer würde die deutsche Wirtschaft vollends zum Erliegen bringen.

Abg. Crispian (USP): Die deutschen bestehenden Klassen müssen endlich einmal daran denken, mindestens die Schuld zu zahlen, die sie auf sich geladen haben. Was wir jetzt erleben, ist eine Folge des kapitalistischen Imperialismus. Die Erfüllung des Ultimatums kann nur durch die Arbeiterschaft der ganzen Welt geschehen. Die heutige Empörung gegen den Abg. Helfferich war der Luftstrei eines geirreteten und bedrückten Volkes, weil gerade die Männer, die es in solche Not hineingeführt haben, jetzt hier hinstellen und ihm gute Ratsschläge erteilen wollen. Wir haben es mit einer Krise des Kapitalismus zu tun, von der er sich nicht mehr erholen wird. Es ist bekannt geworden, daß das Reichswirtschaftsministerium sich bemüht, eine

### Erfassung der Sachwerte

herbeizuführen, daß es aber bei anderen Widerstand findet. Die Sozialdemokraten in der Regierung mühten deshalb gegen die Demokraten etwas schärfer aufzutreten. Wir jedenfalls halten an der Erfassung der Sachwerte fest als einem wirksamen Mittel gegen Steuerhinterziehung, wodurch auch die Veranlagung wesentlich vereinfacht wird. Für uns ist die Erfassung der Sachwerte ein Schritt zu der von uns erstrebten Sozialisierung. Im Herbst müssen auch die Rechtssozialisten erklären, ob sie bereit sind, den Besitz zu belasten und für die Schonung der arbeitenden Klassen einzutreten. Die oberste Frage kann mit Waffengewalt nicht gelöst werden. Wir wenden uns auf das Schärfste gegen die pöbelhaften Ausschweifungen der Falkenkreuzler, die einen neuen Rapp-Bußch inszenieren wollen. Wir fordern, daß Oberschleusen behandelt wird nach dem Friedensvertrage und unter Berücksichtigung des Abstimmungsresultates und der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Wohnungen des Abg. Beder zur Einigkeit waren eine nutzlose Moralpredigt. Für den deutschen Arbeiter gibt es keine Verständigung mit deutschen Kapitalisten irgendeiner bürgerlichen Partei, sondern nur eine Gemeinschaft mit Arbeitern Deutschlands oder irgendeines anderen Landes. Den Entschleunern wir ab, weil darin Mittel gefordert werden für Reichswehr und Marine, die eine Bedrohung des Proletariats und ein Instrument der Kontrevolution sind.

Abg. Keinalth (Dem.): Jede neue Steuer muß unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, ob sie die deutsche Wirtschaft tragen kann. Das wachsende Kapital darf nicht durch Steuern angegriffen werden. Die Steuern müssen aus einer Vermehrung der Leistungen unserer Volkswirtschaft herausgeholt werden. Erforderlich dazu ist die Freigabe der Wirtschaft.

Abg. Geber (Komm.): Wir lehnen den Haushalt insgesamt ab.

Abg. Ledt (S. Sp.): Der Reichstag muß im Herbst zu einem Auslaich in dieser Frage kommen. Wir haben uns gefreut, über die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers über die Sanktionen und Oberschleusen. Wenn der Feind durch Aufhebung der Sanktionen nicht mitbeissen will, so sind alle Bemühungen für die Not.

Abg. Reil (Soz.) [persönlich]: Herr Beder hat behauptet, ich hätte in einem gewissen Gegensatz zu meiner Partei das Reichsnotopfer in seiner jetzigen Gestalt für unbrauchbar erklärt. Ich stelle fest, daß ich in vollem Einvernehmen mit meiner Partei es für unmöglich erklärt habe, aus dem Reichsnotopfer in seiner jetzigen Form eine Vermögenssteuer zu machen.

Darauf werden die einzelnen Haushalte der Reihe nach ohne wesentliche Ausprüche angenommen.

In der gestrigen Sitzung des Reparationsausschusses des Reichskanzlers Reichswirtschaftsrats gab der Reichskanzler eine ähnliche Erklärung über den Gesamtbedarfsplan der Reichsregierung ab. Der Reichskanzler betonte, daß er vom Reichswirtschaftsrat einen Ausbau und eine Erweiterung des gezeichneten Rahmens erwarte, insbesondere eine Klärung der Frage einer Beteiligung des Reiches an den Realwerten und der Gestaltung der Kohlensteuer, ohne welche das Deckungsproblem nicht restlos gelöst werden kann. — In der anschließenden Erörterung wurde die Mitarbeit des Reichswirtschaftsrats in Aussicht gestellt.

Vor der Reichstag gestern in die große Debatte über das Steuerbudget der Regierung eintrat, hatte er ein gut Teil sozialer Arbeit zu erledigen. Es handelte sich vor allem um die neuen Beitrags- und Leistungsgrenzen der Invalidenversicherung und um den Gesetzentwurf über die Erweiterung der Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Bei der Neuordnung der Invalidenversicherung haben beinahe alle Koalitionsparteien im Ausschuss dafür gestimmt, daß an Stelle der von der Regierung vorgelegenen Lohnklasseneinteilung, die die Grenze nach oben ziemlich tief setzte, die den heutigen Verhältnissen mehr entsprechende Klasseneinteilung erfolgte. Die Ausschussvorlage wurde in zweiter Lesung angenommen. Der Vertreter der SPD, Kaiser, betonte bei dieser Gelegenheit die grundsätzliche Bereitwilligkeit der SPD, allen Wünschen ausreichende Rentenunterstützung zu gewähren. Angesichts der Notlage des Versicherungswesens sei es aber nicht möglich, alle Wünsche zu erfüllen. Die SPD habe deshalb ihre Anträge, die sie bereits früher gestellt habe, für den Herbst zurückgezogen.

Bei der Beratung über die Erweiterung der Wochenhilfe und Wochenfürsorge versuchten die Unabhängigen aus der Unzulänglichkeit der Dinge und Zeiten ein Extrajährchen für ihre Partei zu kochen. Während sie sich im Ausschuss mit den Ausschussbeschlüssen einverstanden erklärt hatten, ließen sie im Plenum plötzlich durch den Mund ihrer Vertreterin Agnes verfallen, die Zuschußanträge genähren ihnen nicht, sie forderten Erhöhung der Leistungen. Auf diese Weise ließ sich allerdings vorzüglich Parteipolitik machen, die Rot der Armen wird dadurch aber nicht gelindert. Das hielt ihnen denn auch die Sprecherin der SPD, Frau Schröder, vor, die darauf hinweisen konnte, daß die Ausschussanträge schon über das hinausgehen, was die Krankenkassenvertreter als möglich hingestellt haben. Die Vorlage wird mit unwesentlichen Änderungen in zweiter Lesung in der Ausschussfassung (ein Wochenlohn von 3 M. und ein Stilllohn von 1,50 M. täglich) angenommen, während die unabhängigen Anträge dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden.

In dritter Lesung wird der Gesetzentwurf über die Gewährung von Beihilfen an Rentempfänger aus der Angestelltenversicherung und über die Erhöhung der Gehaltsgrenze bei der Angestelltenversicherung gegen die Kommunisten angenommen. — Das Gesetz über die Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwältinnen und der Gerichtsvollzieher wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsjustizminister Schiffer wird in einfacher Abstimmung gegen die Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

### Eine Rapp-Debatte.

Nach Erledigung der Steuerdebatte kam es beim Justizetat zu einer interessanten Auseinandersetzung über Reichsjustizminister Schiffer und sein Verhalten den Rapp-Piraten gegenüber. Auf die Anfrage des Unabhängigen Rosenfeld, wie es mit den noch schwebenden Rappisten-Prozessen und mit dem Amnestieversprechen des Justizministers Schiffer dem Obersten Bauer gegenüber stehe, antwortete Justizminister Schiffer, er habe weder Bauer noch Ehrhardt eine Amnestie versprochen. Darauf verlas Rosenfeld ein Schreiben des Kapitanleutnants Ehrhardt vom 13. April, in dem er scharf gegen die Deutschnationalen polemisiert, weil sie um ihres Vorteils willen ihn zuerit zur Tat drängen und dann verlassen. Ehrhardt spricht von jämmerlichen bürgerlichen Gestalten, er habe diese Kreaturen. Schiffer habe betont, daß er im Namen der Regierung spreche und für sein Wort bürgere. Der Minister habe ausdrücklich ihm — Ehrhardt gegenüber — eine Amnestie zugesagt. Schiffer versuchte sich aus dieser peinlichen Affäre zu ziehen, indem er antwortete, für seine Person habe er sich gegen diese Amnestie gewehrt.

Von Regierungsseite wurde nunmehr mitgeteilt, daß augenblicklich Verfahren gegen Rapp, v. Jagow, Bauer, Schiele, Wangenheim,

## Film, Staat und Volk.

Von Regierungsrat Hans Goslar.

Wer heute über den Film schreibt, kann gar zu leicht in den Verdacht oberflächlicher, unwissenschaftlicher Beschäftigung mit einer Modefächer kommen. Ist doch der Film etwas geworden, was das ganze Volk in all seinen Gruppen und Schattierungen brennend interessiert. Nichtsdestoweniger darf sich der Politiker und Volkswirtschaftler nicht durch Vorurteile und durch die Entartungen, die die heutige Filmindustrie charakterisieren, davon abhalten lassen, ihr neue Wege zu weisen und vor allem auf die Möglichkeiten aufmerksam zu machen, die sich für den Staat, für die Wissenschaft, für das gesamte Volk aus diesem vernunftgemäßen und ideenreichen Ausbau der Filmindustrie ergeben können.

Die heutige Filmindustrie begeht den großen Fehler, ihre Erzeugnisse lediglich unter den Gesichtspunkten abzupacken, die einer bewußten Nachahmung des Theaters, der Schaubühne ihre Entstehung verdanken. Damit aber ist die Filmindustrie in ein falsches Fahrwasser geraten, denn es ist augenscheinlich, daß die Aufgaben der Filmindustrie nicht auf den Gebieten der Nachahmung von Sanktionen liegen können und sollen, die sie, solange das gesprochene Wort fehlt, niemals voll erreichen können. Vielmehr müssen der an sich gewaltigen technischen Erfindung des Films neue und seiner Eigenart entsprechende Wege offen stehen. Der Grund für die bisherige Entwicklung in der Filmindustrie liegt in der rein privatrechtlichen Orientierung ihrer Leiter. Der einzige Gesichtspunkt, unter dem bisher gearbeitet wurde, war — von wenigen Ausnahmen abgesehen — der der kaufmännischen Rentabilität. Und eine gute Vergütung des arbeitenden Kapitals war, wie die Dinge heute liegen, nur dann zu erzielen, wenn die Produktion darauf eingestellt wurde, dem Publikum durch Verabreichung nervenaufpeitschender, sensationeller und romantischer Stücke einen Ersatz für das Volkstüm und gewissermaßen eine lebendige Illustration der beliebten Kriminal- und Reiseromane zu bieten. Dahinter trat alles zurück, was der Film hätte leisten können, wenn er in sich die Berufung gefühlt hätte, Volkssoldner, Erzieher und Bahnbrecher zu sein.

Welches sind nun die Aufgaben, die eine von Verantwortungsgefühl getragene Filmindustrie sich zu stellen hätte? Möglichkeiten liegen auf den verschiedensten Gebieten, zunächst auf dem der Erziehung. Der Film gehört in die Schule, und zwar muß er den Geographie-, Geschichts- und naturwissenschaftlichen Unterricht ständig ergänzen. Es wäre insbesondere in unseren Volksschulen, deren Kinder kaum einmal aus ihrer Stadt herauskommen und nicht einmal immer den engen Umkreis ihrer Heimat kennen lernen, von unschätzbarem Werte, wenn den Schülern in den Stunden für Heimatkunde und Geographie die schönsten Städte und Gegenden, die historischen Gedenkstätten, die Ströme und Berge ihres Vaterlandes und ihrer Heimatprovinz in guten Filmen

vorgeführt würden. Was können sich arme Kinder, die kaum einmal in der Großstadt ein Hügelchen oder einen See zu Gesicht bekommen, vorstellen, wenn sie in den Geographiebüchern von Waldgebirge, Mittelgebirge, Hochgebirge, von Binnenseen und Meeren lesen und lernen, ohne jemals durch plastische Anschauung eine Anregung und eine Erweiterung ihres Bildes zu erfahren! In der Schweiz besteht die prächtige Einrichtung, daß die Schulkinder auf Selbstkosten alljährlich des öfteren auf Wanderungen mit ihren Lehrern in die schönsten Teile der Heimat geschickt werden, um ihr Schweizer Land lieben zu lernen. Denn nur was man kennt, kann man auch lieben! Wir, ein armes Volk, können wenigstens unseren Kindern diesen Anschauungsunterricht im Film vermitteln. — Und wie sehr gewinnt auch der Geschichtsunterricht, wenn gute historische Filme, den Kindern die Trachten und Sitten früherer Zeiten plastisch vor Augen führen, und wenn beispielsweise durch Vorführung von Filmen, die bei Naturvölkern der Südsee oder Äthiops aufgenommen worden sind, den Schülern gezeigt wird, auf welcher Kulturstufe auch einmal unsere ältesten Ahnen gelebt haben, von deren primitiven Wirtschaftsformen sie einiges in der Schule lernen. Daß der botanische und zoologische Unterricht durch Filme auf das wirksamste zu ergänzen ist, bedarf wohl keines Wortes mehr, wenn man daran denkt, daß unsere Großstadtkinder oft nicht Weizen und Roggen zu unterscheiden wissen und nur eine ganz kleine Anzahl von Tiergattungen kennen. Für den technischen Unterricht wären insbesondere auf dem Lande und in industriearmen Gegenden die Filme von Wert, die den Kindern das Arbeiten großer Maschinen, die Zusammenführung ihrer Teile, das Funktionieren eines Bergwerks, einer Fabrik, einer Telegraphen- und Telephonanlage zeigen.

Und darüber hinaus können die Filme auf die Kinder nicht nur diesen schulmäßigen Einfluß ausüben, sondern in staatsbürgerlicher und allgemeiner menschlicher Hinsicht viel Besseres leisten. Wir leiden heute darunter, daß die einzelnen Volksteile so unendlich viel voneinander trennt, weil sie gegenseitig sich und ihre Lebensbedingungen nicht zur Genüge kennen.

Nicht nur auf der Schule, sondern auch später auf den Fortbildungsschulen, technischen Anstalten und Universitäten wird mit dem Film viel mehr als heute gearbeitet werden müssen. Der junge Techniker kann aus guten Filmen häufig ebensoviel lernen, wie aus Büchern, weil er hier das lebendige Ineinandergreifen aller Räder und Teile immer wieder beobachten kann. In den Universitäten reichen die klinischen Hörsäle nicht mehr aus, auf der anderen Seite aber haben wir die Möglichkeit, durch Aufnahmen schwieriger Operationen erster chirurgischer Meister diese den Studenten so oft wie nur nötig vorzuführen. Wir sind heute auch in der Lage, das Filmbild durch Einstellung auf ein langsame Zeittempo und durch andere Hilfsmittel gewissermaßen in seine einzelnen kleinsten Bestandteile zu zerlegen, und dadurch gerade bei Operationen den Studenten, die Möglichkeit zu geben, jede Phase der Operation noch viel genauer zu beobachten, als beim eigentlichen Operationsvorgang.

Der Film muß weiter in den Dienst aller technischen, chemischen und sonstigen Fortschritte gestellt werden. Es müßte in jedem Dorfe eine größere Stube so eingerichtet werden (Gemeindeaal), daß in ihm Filmvorstellungen erfolgen können. Dort müßten dann die neuesten Methoden der Düngung und Feldbearbeitung, die Arbeitsweise der verschiedensten landwirtschaftlichen Maschinen vorgeführt werden und außerdem auch wichtige Fragen der staatsbürgerlichen Praxis, der landwirtschaftlichen und der Steuerbuchführung durch populärwissenschaftliche Filme und Lichtbilder erörtert werden. Außerdem sollten regelmäßige Uebersichten über wichtige Erfindungen und Fragen der allgemeinen Bildung durch den Film gegeben werden.

All diese Dinge können natürlich nur dann durchgeführt werden, wenn der Staat selbst sich als Anreger und Organisator an die Spitze einer großen umfassenden Institution stellt, die, als gemischter Betrieb, bestehend aus Staatsbehörden, Kommunen, Provinzialbehörden und Kreisverbänden, sowie industriellen Interessen eine Zentralkasse zur Erzeugung dieser Filme gründet und sodann diese Filme im ständigen Verleih- und Austauschsystem durch alle Schulen, Fortbildungsschulen, Universitäten, Gemeindehäuser usw. leiten würde. Das würde eine gewaltige Organisation bedeuten, die sich aber finanziell zum großen Teile erhalten könnte. An diesen Forderungen und Aufgaben wird, das ist meine feste Ueberzeugung, kein Staat lange mehr vorbeigehen können. Der Film ist ein so riesenhaftes Machtmittel, daß alles versucht werden muß, um ihn für gute und produktive Zwecke zu gewinnen und ihn nicht länger nur für Neugier und Sensationstakt einzupacken zu lassen.

Eine Hochzeit in Wandervogeltracht. Auf der friesländischen Insel Bismarck trat dieser Tage ein Bärchen in zeitgemäher Tracht vor den Traualtor. Braut und Bräutigam waren begeisterte Wandervogel und hatten sich auch auf Wandervogelfahrten kennen, lieben und schätzen gelernt. So schlüpfte sie denn auch zur Hochzeit nicht in Brautrock und feierliches Brautgewand, sondern segelten stolz im Wandervogelkostüm in den Hofen der Ehe. Auch die Gäste waren zu einem großen Teile Wandervogel und trugen in gleicher Weise Schillerkragen und alles, was dazu gehört. Während der ganzen Hochzeit wurde natürlich ausreichend „gekloppt“. Der Geistliche hielt die Trauungsrede in plattdeutscher Sprache und ebenso wurden die Texte der Choräle auf plattdeutsch gesungen.

Die Volkshöhle wird im September als erste Neuaufführung der Winterrevue Ernst Kellows soziale Bühnenbildung „Walls Monch“ bringen.

In der Arbeiter-Kunhandstellung, Bismarcker Str. 20, wird heute abend, 7 1/2 Uhr, Ernst Friedrich über „Revolutionsdramen“ bringen.

Amerika listet ein hundertjähriges Jubiläum für Prag. Die Hofrezeption hat zum Bau des tschechoslowakischen Reichsgedächtniskaisers 27 Millionen Kronen gespendet. Davon wird das hundertjährige Jubiläum gebaut werden.

# Kaus aus Berlin!

Heute blüht die Sonne mit gutem Leuchten, morgen vielleicht kriechen ihr grämliche Wolken über das liebe Anflüg. Aber ob Sonne, ob Regen, zu Hause wird lieberhaft gepack. Mann, Frau und alle Kinder sind in wider Erregung. Noch ein paar Tage, dann fahren die Ferienzüge, denn die Parole lautet: Kaus aus Berlin! Ferien, Urlaub, Sommerfrische, Bad, Erholung, Gefrischung, diese Worte haben zurzeit Geltung. Auch in den Parlamenten Sommerfrische es. Die Berliner Stadtväter und -mütter sind froh, das vom oppositionellen Värm durchhalte rote Haus auf ein paar Wochen aus Schweize zu bekommen. Das Reichs- und das Landesparlament werden folgen. Lehrer, Beamte, Angestellte, alle flüchten aus dem Riesenkeßel. Bis zur staatlichen Umwälzung war einzig und allein den Arbeitern jede Möglichkeit zur Erholung genommen und außer den Sozialisten und einem kleinen Häuflein bürgerlicher Reformen sah niemand in diesem Zustand etwas unerböt Kulturwidriges.

Wenn heute auch die Arbeiterschaft angefangen hat, durch vermöglichen Urlaub an einer regelmäßigen jährlichen Erholung teilzunehmen, so ist das zunächst ein bescheidener Anfang, aber doch immerhin ein Anfang. Sache aller sich zum erwerbstätigen Volk rechnenden Berufskreise wird es sein, mit unermüdlicher Energie dafür zu sorgen, daß diese keine Errungenschaft nicht etwa wieder verloren geht, sondern, daß sie ständig weiter ausgebaut wird. Es ist nicht der geringste Grund vorhanden, der erwerbstätigen Bevölkerung einen geringeren Urlaub zuzugestehen als etwa einem Lehrer, einem Beamten, einem Angestellten. Es würde aber eine große Unkenntnis der tatsächlichen modernen Arbeitsvorgänge vertragen, wollte man die Nervenanstrengung und die zumeist damit verbundene Begründung des Erholungsurlaubes nur den geistigen Berufen vorbehalten. Die Arbeiter in den von Höllenlärm orkanartig ständig durchtosten Industriemerkern wie Maschinenfabriken, Eisengießereien, Dampfhammerwerken, Holzwerken, Tischlereien und anderen Betrieben kann sich eben ein Laie gar nicht vorstellen; sie waren und bleiben nervenzerrüttern. Auch die moderne, Maschinen-Schiffahrt, zu der, wie überhaupt im ganzen Buchdruckerbetrieb, nur sehr intelligente Menschen Verwendung finden können, erfordert einen großen Aufwand von Nervenkraft. In all diesen und vielen anderen Berufen ist ein langer Erholungsurlaub nicht nur ein Gebot sozialer und menschlicher Pflicht, sondern auch eine Forderung staatlicher, vorbeugend hygienischer Mäßigkeit. Daß auch die jährlich immer größere Opfer fordernde Tuberkulose grundlegend nur im vorbeugenden Sinn durch lange Erholungsurlaube behandelt werden kann, ist selbstverständlich.

Wenn jetzt also wieder einmal die Parole lautet: Kaus aus Berlin!, so wird sie bei nicht wenigen Gefühle berechtigter Erbitterung auslösen, nämlich bei allen denen, die weder die Zeit noch das Geld haben, sich, ihren Frauen und ihren Kindern die so dringend notwendige Erholung zuzumessen zu lassen. Und doch dürfen gerade sie nicht verzagen. Das Unrecht, das ihnen die sozialen Verhältnisse antut, muß sie selber und allen den Klassenangehörigen, denen es bereits besser geht, anspornen, auf dem beschrittenen Weg weiterzugehen. Neben der Erhaltung des 8-Stunden-Arbeitstages ist der mehrwöchige weiterbezahnte Erholungsurlaub aller Erwerbs- und Berufstätigen einschließlich der Lehrlinge eine der wichtigsten sozialen Forderungen, wobei die Möglichkeit gegeben werden muß, Frauen und Kinder an der Erholung teilnehmen zu lassen. Da diese Wünsche und Ziele in der Richtung eines wahrhaft menschenwürdigen Daseins liegen, das sich zusammenfassen aus vernünftigmäßigem Wechsel von Arbeit, Erholung und Ruhe, so sind diese Wünsche und Ziele auch von höchstem sittlichen Wert.

Mit dieser einzig möglichen Einstellung wird es uns gewiß leichter werden, alle diejenigen, die jetzt sagen können: Kaus aus Berlin! mit freundlichen und wohlwollenden Gedanken zu begreifen, weil wir, die wir hierbleiben müssen, über kurz oder lang für uns selbst und unsere Lieben ein gleiches freundliches Los erwünschen und zu erreichen hoffen. Allen aber, die hinaus wollen und können, werden ein paar Hinweise und Ratsschläge für die Reise in gedrängter Zusammenstellung erwünscht sein. Die Zusammenstellung

erfolgt auf Grund genauer Erkundigungen, jedoch können wir eine Gewähr für Richtigkeit nicht übernehmen.

## Die Vorbereitungen zur Reise.

Zentral-Auskunftsstelle ist das Mitteleuropäische Reisebureau im Sockelgehöf des Potsdamer Bahnhofes zu Berlin. Jedoch veranlaßt der große Andrang bei dieser Auskunftsstelle die Eisenbahnverwaltung, darauf hinzuweisen, daß sämtliche Verkaufsstellen des Mitteleuropäischen Reisebureaus, die durch die drei Buchstaben „MER“ von Privatreisebureaus unterschieden sind, ebenso wie die Auskunftsstelle des Potsdamer Bahnhofes unentgeltlich Auskünfte erteilen und Fahr- und Platzkarten zu den amtlichen Fahrpreisen verkaufen.

Die Fahrkartenschalter werden im allgemeinen eine Stunde vor Abgang des betreffenden Zuges geöffnet, doch ist ständig ein Schalter geöffnet, an dem alle Karten zu den Zügen verkauft werden, die von dem betreffenden Bahnhof abgehen.

Vor-Züge, die etwa 10 bis 15 Minuten vor den fahrplanmäßigen Zügen abgefahren werden, um den Andrang zu bewältigen, werden in der verkehrsreichen Sommerszeit vielfach gefahren. Auskunft darüber kann man auf dem betreffenden Bahnhof etwa 24 Stunden vorher erhalten.

Zuschlagkarten für die Benutzung der D-Züge kosten bei Entfernungen über 100 Kilometer für die III. Klasse 12 Mark.

Ein Vorverkauf von Fahrkarten IV. Klasse findet an den amtlichen Fahrkartenschaltern bisher nicht statt. Jedoch ist es niemandem benommen, sich ein oder zwei Tage vor der Reise an den Schaltern des betreffenden Bahnhofes eine Karte zu jeder Klasse zu lösen. Eine solche Karte hat drei Tage Gültigkeit, jedoch nicht etwa vom Tage des Reiseantrittes an, sondern vom Tage der Lösung am Schalter. Hingegen werden die Fahrkarten I. bis III. Klasse, die man in den amtlichen Reisebureaus kauft, für den Tag gestempelt, an dem man die Reise antreten will und behalten vier Tage ihre Gültigkeit. Die Gültigkeit endet jedesmal um Mitternacht.

Das Belegen der Plätze in der IV. Klasse ist Gegenstand vieler Streitigkeiten. Der amtliche Tarif enthält darüber keine Sonderbestimmungen. Es hat sich das bekannte Gewohnheitsrecht ausgebildet, daß einer, der in der IV. Klasse seinen Platz verläßt, dieses Platzes verlustig geht, weil es nicht mehr als recht und billig ist, daß auf langen Strecken auch die Stehenden mal sitzen. Ein Reservieren der Plätze durch Belegen vor oder während der Fahrt ist in der IV. Klasse also unstatthaft. Es sollte in solchen Fällen ein gegenseitiges Sich-Berständigen Platz greifen.

Belegen der Plätze durch Nachfahrergäste, um die Plätze für später kommende freizubehalten, ist nach der Eisenbahnverkehrsordnung unstatthaft und kann mit 20 M. Geldstrafe geahndet werden. Nachfahrergäste gibt es jetzt in allen Klassen, auch in denen der IV. Klasse. Die Kontrolle ist mit Rücksicht auf Frauen, Kinder, Kranke und Kriegsschadigte sehr scharf und durchaus berechtigt. Es darf also in Richtsanderabteilen, unter keinen Umständen geraucht werden. Die Strafen sind Polizeistrafen und können im Richtsanderabteil mit Haft geahndet werden.

Die Vorausbestellung der Platzkarten II. und III. Klasse in den D-Zügen, die zunächst verfahrensweise nur für die vom Potsdamer- und Anhalter Bahnhof abfahrenden Züge eingerichtet ist, hat, solange diese Karten handschriftlich ausgefertigt wurden, zu großem Verdruß Anlaß gegeben, weil sie vielfach durch Versehen doppelt ausgegeben wurden. Jetzt werden diese Karten gedruckt und gelten nur für einen bestimmten Tag. Die Karte kostet in der III. Klasse 2 M., in der II. Klasse 4 M. für alle Entfernungen und kann bei den meisten Berliner Reisebureaus bezogen werden. Reisende ohne Platzkarte haben die in den Sängern der D-Zugwagen an den Abteilen angebrachten Nummernschilder zu beachten und können daraus ersehen, welche Plätze frei sind.

Gepäckversicherung ist bei größerem wertvollen Gepäck, das man aufgeben muß, sehr nützlich und kann in zweierlei Art vorgenommen werden: Entweder man löst sich auf dem Bahnhof an dem Gepäckschalter Versicherungsmarken, die nur für die eine Bahnfahrt gültig sind und mit der Aushändigung des Gepäcks an der Endstation ihre Gültigkeit verlieren, oder man versichert durch Police (Auskunft in den Verkehrs- und Reisebureaus) auf 60 Tage oder auf ein Jahr gültig für alle Transporte (Eisenbahn, Straßenbahn, Auto) gegen Diebstahl, Feuer, Einbruch, räuberischen Überfall usw. Die Gebühr beträgt für 500 M. Versicherungssumme 3 M. auf 60 Tage.

Ihre Augen waren mit einem Male trocken. Auch ihr Zorn war verräuchert. Allein sie war tief traurig und in ihren Worten lag eine Bitterkeit, die wußte, daß sie niemals wieder zu heben war. „Sie sind ein Narr“, sagte sie. „Ein Narr, der nicht weiß, daß er es ist. Sie leben in einer Welt von Hirngespinnsten, die Sie eines Tages so verstricken werden, daß Sie hilflos sein werden...“ Sie behaupten, daß es meine Absicht war, mit Ihnen zu spielen? Nein, daran dachte ich keinen Augenblick. Aber ich wußte, daß Sie sich ein Spiel daraus machten, andere zu verderben, aus Gründen, die mir dunkel waren, hinter denen ich aber ein Unglück vermutete, das Sie verbittert hatte... Deshalb kam ich zu Ihnen!“

„Um mich zu retten —?“  
„Ich sagte Ihnen schon, daß Sie ein Narr sind. Wenn Sie es nicht wären, dann würden Sie nicht eine Frau hängen, die Sie lieb hatte, um des Unglücks willen, das an Ihrer Stirn haftet wie ein Mal...“

Er wurde erschrocken. „Ein Mal?“ fragte er.  
Instinktiv erkannte sie, daß sie ihn getroffen hatte, an der einzigen Stelle, wo er verwundbar war.  
Sie sah ihn lange an. Und er ertrug ihren Blick, ohne sich zu rühren, als wäre das eine Genugtuung, die er ihr schuldete und die er ihr nicht länger weigerte.

„Was war es?“ fragte sie weich, schon bereit, ihm zu verzeihen.

Ein dunkles Fieber brach aus ihm hervor, gewaltig, schüttelte ihn und machte seine Augen glühen. „Gut“, sagte er, „Sie haben ein Recht, es zu erfahren. Nur Sie! Aber Sie haben auch die Pflicht, es zu verschweigen. Ich weiß, daß ich Ihnen vertrauen darf. Hören Sie mich an!“ Er wartete, vor Gier bebend, nun eine Last von seinem Herzen zu schleudern. Dann stieß er hervor: „Was glauben Sie, wer vor Ihnen steht?“

„Wer?“ fragte sie atemlos.  
„Ein — entlassener Sträfling!“  
„Ein Sträfling?“  
„Ja!“

Sie erkannte ihn nicht wieder.  
Er war tiefrot, seine Züge verzerrten sich, während er sprach, seine Brust arbeitete heftig. Alle Beherrschtheit war von ihm genommen. Es stand ganz unermartet und deshalb überraschend einer vor ihr, der nur Mensch war, — nur Mensch, sonst nichts, mit allem Guten und allem Bösen.

Kein Defert des „Vorwärts“ darf vergessen, bevor er eine Reise antreibt, ein Reiseabonnement des „Vorwärts“ zu veranlassen. Die neue Sommeradresse muß jedoch der Hauptexpedition, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, mindestens 6 Tage vorher angegeben werden. Die Ueberweisung nach dem neuen Aufenthaltsort erfordert eine Laufzeit von 4 bis 5 Tagen, ehe die Bestellung durch die Post eintrifft.

## Was jeder Reisende beachten soll.

Man soll sich beizeiten vor der Reise auf dem Abgangsbahnhof nach allem erkundigen. Eine Reise ist und bleibt eine Art Mechanismus: Maschinendefekte können entstehen, Anschläge können nicht klappen, Beamte können auch mal nervös werden. Die Mitreisenden sind es fast immer. Man erwirne sich in allen derartigen Fällen immer des schönen Sprichwortes aus dem Kriege: Nur die Ruhe macht's! Der ernste Wille, sich durch Zwischenfälle irgendwelcher Art nicht aus dem seelischen Gleichgewicht bringen zu lassen, Ruhe, Gelassenheit (auch bei Grobheiten der andern) und ein wenig Humor helfen oft über schwierige Situationen hinweg.

## Millionenschiebung.

### Der „Herr Rat im Reichswirtschaftsamt“.

Mit den schon mehrfach erwähnten Riesenbetrügereien mittels gefälschter Ein- und Ausfuhrscheine wird sich nunmehr das Schwurgericht des Landgerichts I am Freitag und den folgenden Tagen zu beschäftigen haben. Die auf schwere Urkundenfälschung bzw. Betrug lautende Anklage richtet sich gegen den Kaufmann Erich Stiller, den Kaufmann Otto Kruse, den Gerichtsassessor a. D. Heinz Böhmer und den Kaufmann Richard Hähne.

In der Potsdamer Str. 133 betreibt die Niederdeutsche Handelsgesellschaft A.-G. ihre Geschäfte, die sich auf alle gewinnbringenden Unternehmungen beziehen; insbesondere werden Ein- und Ausfuhrgeschäfte getätigt. Der eigentliche Leiter der Gesellschaft ist der angeklagte Assessor a. D. Böhmer, auch Hähne ist wirtschaftlich an der Gesellschaft interessiert. Böhmer kam in den Ruf, solche Beziehungen zu den maßgebenden Behörden zu haben, daß er un schwer die Erlaubnis zu Ein- und Ausfuhrbewilligungen verschaffen könnte. Eine Reihe von Interessenten der Ein- und Ausfuhr wandte sich an die Niederdeutsche Handelsgesellschaft. Diese Bewilligungen sollen gefälscht gewesen sein. So sollen für eine Schweizer chemische Fabrik zum Zweck der Einfuhr großer Posten Knochenleim nach Deutschland drei gefälschte Einfuhrscheine gegen Zahlung von 40 000 Mark besorgt worden sein. In einem anderen Falle hatte Böhmer die Beschaffung eines Einfuhrscheines für Benzin für die Stadt Eiberfeld betrieben. Die Kohlenstelle der Stadt Eiberfeld hatte unter Umgehung der gesetzlichen Vorschriften 2 100 000 Liter Benzin aus Belgien beschafft. Um eine drohende Beschlagnahme zu verhindern, ging im Auftrage der Kohlenstelle ein Beauftragter nach Berlin, um vom Reichswirtschaftsministerium die nachträgliche Genehmigung zur Einfuhr zu erhalten. Da er dort erfuhr, daß die Beschaffung der Genehmigung einige Wochen dauern würde, wandte er sich zum Zweck anderweitiger Vermittlung an einen Bekannten und wurde im Casparyhotel mit Hähne bekannt, der ihm als Dezernent im Reichswirtschaftsamt vorgestellt wurde und ihm zusagte, den Einfuhrschein zu besorgen, wofür jedoch eine Staatsgebühr von 10 Proz. zu zahlen sei. Der Beauftragte wandte sich zunächst nach Eiberfeld, nachdem Hähne den zu zahlenden Betrag auf eine Million Mark abgerundet hatte. Die Genehmigung zur Zahlung der Million wurde erteilt und nach längeren Verhandlungen mit Böhmer, der als Vortragender Rat im Reichswirtschaftsamt vorgestellt wurde, die Million in 5 Reichsbankchecks ausgezahlt. Die Beute soll sich Böhmer mit dem Mitangeklagten geteilt haben. In einem dritten Falle handelte es sich um die Ausfuhrbewilligung, um die sich eine bayerische Firma für die Ausfuhr des von ihr rechtmäßig erworbenen früheren Heeresgutes nach Spanien bemüht hatte, wofür die Angeklagten 250 000 M. erhalten haben. In dem vierten Falle, bei dem eine ostpreussische Holzfirma eine Ausfuhrbewilligung für Holz im Werte von 86 Millionen Mark haben wollte, ist die Sache mißglückt, so daß hier nur verflucht Betrug vorliegt.

Wir werden über das Ergebnis der Verhandlung berichten.

Die nächste Stadterordnungsung findet nicht am heutigen Donnerstag, sondern heute über acht Tage statt.

## Die Rächer.

28]

Roman von Hermann Wagner.

Sie maß mit erregten Schritten das Zimmer, ihr Taschentuch gegen die Lippen pressend, die zuckten, als kämpfe sie mit den Tränen. Sie sagte: „Sie haben es gewußt. Ihnen war genau der Tag bekannt, an dem die Gesellschaft ihren Bankrott erklären würde. Und doch —“

Da nicht genug Spannkraft in ihm war, sie zu verspotten, begnügte er sich damit, sich zu wehren. „Das müßten Sie mir erst beweisen“, sagte er.

„Pfui!“ rief sie aus.  
„Sie sind ein Weib“, lächelte er. „Sagte ich Ihnen nicht, daß ich das Spiel, das Sie mir aufzwangen, aufnehmen würde? Sie haben verspielt. Nun weinen Sie... Sie sind ein Weib!“

Sie drückte das Tüchlein gegen den Mund und weinte wirklich. „Ich bin ein Weib, ja. Deshalb weine ich nicht dem Weib nach, das ich verloren habe. Das würde ein Mann tun... Ich weine Ihnen nach. Sie haben mich verloren!“

Er wandte sich ihr zu, plötzlich auf das höchste interessiert. Er schickte sich an, in den verborgenen Faltungen ihres Gesichtes zu lesen, gierig, jede unbeherrschte Bewegung zu erfassen, die sie etwa machte. „Erinnern Sie sich?“ fragte er. „Sie machten mir jüngst einen Antrag. Ich hat Sie, acht Tage zu warten und mir dann zu sagen, ob Ihre Gesinnung noch die gleiche sei... Ich frage Sie jetzt: wiederholen Sie Ihren Antrag?“

„Nein!“ rief sie heftig aus.  
„Nein?“ fragte er, und es war schwer zu sagen, ob in dem Ton seiner Stimme Enttäuschung oder Freude oder beides zugleich lag. Er trat rasch vor sie hin und nahm gewaltig die Hände von ihren Augen. „Ach“, sagte er, und sie spürte das Ungeheure in seiner Stimme noch stärker. „Sie lieben mich —!“

„Ich hasse Sie!“ schrie sie ihn an.  
Er schüttelte den Kopf mit einer Bestimmtheit, gegen die ihr Zorn nicht aufkam. „Nein, darin irren Sie sich“, sagte er zerküß. „Am Anfang, als Sie zu mir kamen, um mich zu ersuchen, — melnietwegen, da hofften Sie mich! Vielleicht ohne daß Sie es selbst wußten, — aber da hofften Sie mich! Jetzt... Lieben Sie mich!“

In raschen Worten, die einander jagten, in abgehackten, stoßweise hervorgewürgten Sätzen berichtete er ihr die Geschichte seines Lebens. Er verschwieg und er beschönigte ihr nichts, er zählte nur Tatsachen auf.

Aber diese Tatsachen warfen in ihrer harten Radtheit einen grellen Schein auf einen Hintergrund von Hoffnungen, die einmal in Reinsner geblüht hatten, und von Enttäuschungen, die das Gute seiner Jugend erwürgt hatten.

Ueber dem Ganzen lag, schwer und drohend und finster, die Rache. Er war schlecht, weil er schlecht sein wollte. Ja! Er rächte sich.

Während sie zuhörte, brach alle Liebe von neuem aus ihr hervor, stärker, selbstloser und reiner.

Sie verfolgte jede seiner Bewegung mit brennenden Augen. Und sie näherte sich ihm, legte die Hände auf seine Schultern und küßerte seinen Namen.

Er fuhr sich über die Stirn, als bestünne er sich, daß er von keinem Traum umfangen sei.

Er sah sie. Er sah ihre Liebe und wurde unsicher.

Aber er stand doch auf, trat von ihr zurück und schüttelte den Kopf.

„Warum?“ fragte sie ihn. „Wollen Sie niemals aufhören, zu hassen?“

„Ich wußte nicht“, antwortete er erschöpft, „daß ich Grund hätte, zu lieben.“

„Glauben Sie nicht mehr an die Liebe? Können Sie nicht mehr an sie glauben?“

„Ich glaube nur an mich. Und in mir ist keine Liebe. Keine Spur von Liebe ist in mir.“

„Ich liebe Sie“, sagte sie demütig und vor Scham errötend, „fühlen Sie es nicht, daß ich Sie liebe?“

„Ich liebe nicht“, beharrte er hart.

„Dann werden Sie immer leiden...“

„Ich werde nur nie Ursache haben, mich zu freuen. Oder doch. Es macht Freude, wenn man sieht, daß man die Menschen beherrscht... Können Sie das Geheimnis? Daß nur der herrscht, der nicht liebt? Denn die Liebe unterjocht — ja, die Gefühle sind es, die unterjochen!“

„Liebe bindet, ja. Aber nur unser Böses. Unser Gutes wird frei. Liebe bindet unseren Willen und erlöst unser Herz... Wissen Sie nicht, daß man an nichts mehr leidet als an seinem Willen?“

(Fortf. folgt.)

**Handbesitzer gegen die „Schweinewirtschaft der Stadt“.**

Am Heizungsverband der Hauswirte gab es am Mittwoch heftige Kämpfe darüber, daß bei der Höchstmietenfestsetzung die Eigentümer von Häusern mit Zentralheizung und Warmwassererzeugung ihre Interessen nicht hinreichend gewahrt sehen. Auch wurde ein Hand einzelner Beispiele scharf dagegen protestiert, daß für Läden mit ihrer manchmal auf ein Jahrzehnt erstreckenden Vertragsdauer die Ausnahmestellung der laufenden Verträge den Hauswirten schweren Schaden bringt, während der Ladeninhaber die einträgliche Brotstelle nach gehöriger Ausnutzung zu unbedacht hohen Preisen weiterverkauft darf. Es wird zutreffen, daß kapitalistische Hausbesitzer, die früher bei geringer Verzinsung ein schuldenslastiges Haus übernommen haben, jetzt nicht auf Kosten gebettet sind. Daß aber auch der Vorzug dieser Hauswirtsverfassung, der bekannte Grundstückspekulant Kommerzienrat Haberland, sich zu den Rotkielden rechnet, wickte denn doch erhellend. Von Interesse für weitere Kreise ist aus den Erörterungen dieser Versammlung eine Aeußerung eben dieses Haberland, der die läbliche Gewohnheit hat, bei seinen Reden „kein Blatt vor den Mund zu nehmen“. Er schimpfte nicht zu knapp auf den Magistrat, der zwar nicht für die Wohnungszwangswirtschaft überhaupt, aber für ihre den Hauswirten so „ungünstige“ Handhabung verantwortlich zu machen sei. Berlin habe heute eine „kommunistische Mehrheit“, meinte Herr Haberland, und stehe unter „kommunistischer Gewaltherrschaft“, aber die Stadtverordnetenversammlung werde nächstens neu zu wählen sein — und da liegt dann das Schicksal der Hausbesitzer in ihren eigenen Händen. Er forderte die Hauswirte auf, bei den Stadtverordnetenwahlen dafür zu sorgen, daß „wir aus der Schweinewirtschaft mal herauskommen“, und seine Zuhörer jubelten Beifall.

Wir empfehlen den Mietern, sich das für die Stadtverordnetenwahlen zu merken, und die Parteien und ihre Kandidaten auch daraufhin anzusehen, wie sie zur Wohnungsfrage stehen. Keine Stimme darf irgendeiner Partei zufallen, die zu den Leuten Haberland's hält!

**Anfall, Selbstmord oder Verbrechen?** An einer Vorortstrecke in der Nähe der Bahnmeile 76 wurde ein scharf zugespitzter Mann zwischen den Schienen liegend tot aufgefunden. Dem Manne waren der linke Unterarm und der rechte Fuß abgefahren, außerdem hatte er schwere Kopfverletzungen erlitten. Nach den vorgelegenen Karten scheint der Tote der Postkassierer Harwig zu sein. Der Todesfall bedarf noch der Aufklärung.

**Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters** unter Leitung von Richard Vogel findet am Donnerstag, den 7. Juli 1921 in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr. Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet statt bei A. Wertheim, Leipziger Straße, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelufer Nr. 15, im Zigarretengeschäft von Horst und in dem betreffenden Konzertsaal. Eintrittspreis beträgt 1,50 M. Kassenöffnung 7 Uhr.

**Eine Harzwanderung.** Das „Jugendsekretariat“ und der „Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt“ veranstalten in der Zeit von Mitte bis Ende Juli eine 14tägige Schülerwanderung durch den Harz. Die Kosten dazu werden, einschließlich Fahrgehd, Verpflegung usw., 125 M. betragen. Parteiengenossen, welche die Gelegenheit benutzen wollen, ihre Kinder (über 12 Jahre alt) daran teilnehmen zu lassen, werden gebeten, sich an das Jugendsekretariat, Berlin NW. 40, in den Zeiten Nr. 23 (Zimmer 1) zu wenden. (Hansa 1444—1446.)

**Die verbotene Schlagjähne.** Der Magistrat teilt mit: In Ost- und Westpreußen herrscht anscheinend Ungewißheit darüber, ob die Herstellung von Schlagjähnen zulässig oder verboten ist, da vom 1. Juni 1921 die Zwangsverpflichtung der Milch aufgehoben ist. Es wird hierdurch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auf Grund der Verordnung vom 30. April 1921 § 2 Abs. 4 die Herstellung von Schlagjähnen in gewerblichen Betrieben nach wie vor verboten ist, und die zuständigen Stellen die Innehaltung des Verbots überwachen.

**Das Reich und die Länder.** Ueber dieses Thema spricht morgen (Freitag), abends 7 Uhr im Saal der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, Genosse Hildenbrandt, M. d. R. und württembergischer Abgeordneter, auf Einladung der Jungsozialistischen Vereinigung SPD. Groß-Berlin. Gäste willkommen.

**Groß-Berliner Parteinachrichten.**

Das Bezirkssekretariat Berlin NW. 40, in den Zeiten 23, ist zu seiner Verlegung nach der Lindenstraße 3 durch folgende Telefonnummern zu erreichen: Amt Hansa: 1444, 1445, 1446. Die Rufnummern 1424 und 1425 sind nicht mehr zu benutzen. Der Bezirksvorstand.

**Heute, Donnerstag, den 7. Juli:**

- 1. Kreis Berlin-Mitte, 7 Uhr im Restaurant „Fährgeheim“, Alte Schönhauser Straße 22/23, Sitzung des Kreisvorstandes mit den Abteilungsleitungen.
- 2. Kreis Marienborf, 7 Uhr im Rathaus, Zimmer 26, Sitzung des Kreisvorstandes, Volksräte des Kreises anwesend.
- 3. Jungsozialisten, Gruppe Friedrichshagen, 7 1/2 Uhr bei Scholz, Friedrichstraße 51, Vortrag: — Gruppe Friedrichshagen, 7 1/2 Uhr im Konferenzzimmer der Gemeindeführer, Straßmannstr. 6, Thema: „Einführung in die Politik“. — Gruppe Neutal, 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Ragatzstr. 1, Mitgliederversammlung. — Gruppe Süden, 7 1/2 Uhr im Saal der juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, Vortrag: „Deutschlands wirtschaftliche Lage“, Referent: Gen. Sch. — Gruppe Tempelhof-Mariendorf, 7 1/2 Uhr Bohlenhof Tempelhof Treffpunkt zum Besuch der Sternwarte. — Gruppe Treptow, 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, Vortragsabend.

**Morgen, Freitag, den 8. Juli:**

7. Kreis Charlottenburg, 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in der Behlisch-Oberrealschule, Schillerstraße 125/127 am Rieck. Thema: „Allgemeine politische Lage“, Referent: Genosse Hermann Müller, Reichslangier a. D.

14. Kreis Neutal, 7 Uhr Kreisvorstandssitzung in der Aula des Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Straße 210, Thema: „Die Aufgaben des Parteitagess zu Berlin“, Referent: Gen. Hermann Kollenbaur, M. d. R.

2. Kreis Wedding, 7 Uhr Sitzung des Vorstandes mit den Abteilungsleitern bei Rasch, Panitzstr. 60; wichtige Tagesordnung, jede Abteilungsleitung muß vertreten sein.

6. Kreis Hallesches Tor, 7 Uhr erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Reim, Urbanstraße 20.

11. Kreis Schöneberg-Friedenau, Pünktlich 7 Uhr Kreisvorstandssitzung im Beisitzsaal der Gemeindeführer, Neurgäßchen. Tagesordnung: 1. „Das neue Parteiprogramm“, Referent: Gen. Oswald Bernstein, 2. Bericht über den Parteitag zum Parteitag, 3. Anträge.

14. W 2, 7 Uhr Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter in der Wohnung von Rasch, Engelufer 13. Des Eröffnen aller Funktionen ist notwendig.

17. W 1, 7 Uhr bei Klamm, Simon-Dach-Straße 24, alle Revolver-Straße, Funktionärerversammlung sämtlicher Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner, Frauenorganisationen und Ortsleiter mit Besprechung der Tagesordnung, Frauenorganisationen und Ortsleiter mit Besprechung der Tagesordnung.

20. W 1, 7 Uhr Zusammenkunft sämtlicher Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter bei Rasch, Panitzstr. 60, Besprechung der Tagesordnung.

26. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung sämtlicher Funktionäre, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

114. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14. W 1, 7 1/2 Uhr bei Rasch, Panitzstr. 60, Sitzung der Bezirksführer, Bezirksvorstandsmänner und Ortsleiter.

14.

# Wirtschaft

## Die Bautätigkeit der Großstädte.

Im ersten Vierteljahr 1921 hat nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts die Bautätigkeit gegenüber den gleichen Zeiträumen in den beiden vorangegangenen Jahren erheblich zugenommen. Die Zahl der erbauten Wohnhäuser ist gegenüber dem ersten Vierteljahr 1919 fast um das Zehnfache gestiegen, die Zahl der Wohnungen um das Fünffache. Die starke Zunahme der Wohnhäuser ist allerdings dadurch zu erklären, daß die Statistik auch die Notstandsbauten und Wohnbaracken als Wohngebäude auführt, die in keiner Weise zur endgültigen Beseitigung der Wohnungsnot beitragen. Verhältnismäßig stark ist die Bautätigkeit in den Städten Köln, Hamburg, Dortmund, Frankfurt am Main und Düsseldorf gewesen, während in Berlin fast gar nicht gebaut wurde.

85 Prozent der erbauten Häuser und 61,7 Prozent der neu geschaffenen Wohnungen wurden von gemeinnützigen Gesellschaften und Genossenschaften hergestellt. Einen Überblick über die Entwicklung der Bautätigkeit in den ersten Vierteljahren 1919, 1920 und 1921 gibt folgende Tabelle, die 35 Großstädte umfaßt:

Zeitraum	Gemeinnützige Bautätigkeit		Uebrige Bautätigkeit u. Wohnungsberstellung	
	Häuser	Wohnungen	Häuser	Wohnungen
1. Vierteljahr 1919	182	298	24	765
1. " 1920	838	1344	190	2164
1. " 1921	1805	8384	335	2068

Während insgesamt die Wohnungsberstellung im 1. Vierteljahr 1921 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1920 nur etwa um die Hälfte zugenommen hat, haben die durch die gemeinnützige Bautätigkeit allein beschafften Wohnungen um das Anderthalbfache zugenommen.

**Notenrekord der Reichsbank.** In der letzten Juniwoche erhöhte sich der Banknotenumsatz der Reichsbank um volle 3385 Millionen Mark auf 75,3 Milliarden, der Umlauf an Darlehensscheinen hat ebenfalls ein wenig zugenommen. Insgesamt liefen demnach am 30. Juni für rund 84 Milliarden Mark Papiergeld um, der höchste bisher erreichte Betrag. Obwohl auch in anderen Jahren am Halbjahrstermin eine starke Anspannung der Reichsbank und starke Steigerungen des Notenumlaufs festzustellen waren,

war das in diesem Jahre noch mehr als sonst der Fall, was mit der finanziellen Notlage des Reiches zusammenhängt. So sind die Bestände der Reichsbank an diskontierten Reichsschatzweisungen, die zur Deckung der schwebenden Schuld ausgegeben werden, in der letzten Juniwoche um 15,1 auf 19,6 Milliarden Mark angewachsen.

**Das Gesetz gegen die Kapitalflucht,** dessen Geltungsdauer ursprünglich bis zum 24. Dezember 1920 vorgesehen war, wurde bis zum 1. Januar 1922 verlängert und dahin erweitert, daß Maßnahmen getroffen werden können, die der Reichsfinanzverwaltung im steuerlichen Interesse eine Überwachung des Postfachverkehrs mit dem Ausland ermöglichen. Ferner dehnt das neue Gesetz die Ausnahmevorschrift des § 9 Abs. 3, betreffend den Betrieb des Depot- und Depositenverkehrs durch eingetragene Genossenschaften unter bestimmten Bedingungen auf Zentralstellen eingetragener Genossenschaften, sowie auf Unternehmungen gewerkschaftlicher Verbände aus. Auch die Geltungsdauer der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Saarbezugsgebiet ist verlängert worden.

**Wirkungen der Valutaverflechtung.** Nachdem infolge des Valutarückganges die Preise für Kupfer, Zink, Blei, Aluminium, Zinn und Nickel gestiegen sind, schreien auch die Hersteller der Sparmetalle zu Preiserhöhungen. So setzte der Zinkblechverband seine Preise von 865 auf 900 M., der Kupferblechverband die feinen von 2640 auf 2740 M. je 100 Kilogramm herauf.

Die Zementpreise sind um 60 M. für je 10 000 Kilogramm erhöht worden, hauptsächlich wegen der letzten Kohlenpreiserhöhung.

**Die Kapitalerhöhungen der Industrie.** Im Juni ist die Summe der Kapitalerhöhungen in der Industrie wieder gestiegen, und zwar nach der Statistik des Bankhauses Schwarz, Goldschmidt u. Co. von 1179 Mill. Mark im Mai auf 1525 Mill. Mark. Der größte Teil davon, nämlich 985 Mill. Mark, entfällt auf Stammaktien, 484 Mill. Mark auf festverzinsliche Obligationen, der Rest von 56 Mill. Mark auf Vorkzugsaktien. Insgesamt hat die Industrie nach der gleichen Quelle im ersten Halbjahr 10,2 Milliarden Mark neues Kapital aufgenommen. Diese Höhe wäre nicht erreicht worden, wenn die Gesellschaften die neuen Aktien zu dem Kurse ausgegeben hätten, der an der Börse erzielt werden konnte. Das war fast nirgends der Fall. So spiegelt sich in der Ziffer der Kapitalaufnahme ein Teil der Riesengewinne, die die Aktionäre durch die Kapitalver-

wässerungen eingestrichen haben. Mit dem Kapitalbedarf der Industrie haben sie nichts zu tun, da ja bedeutend mehr Aktien ausgegeben worden sind, als im Hinblick auf die hohen Börsenkurse notwendig war.

**Die Bewirtschaftung von Rohabak** aufgehoben. Mit dem 1. Juli sind die Bewirtschaftung von Rohabak und die Vorschriften über die äußere Kennzeichnung von Tabak-Rohwaren und tabakähnlichen Waren aufgehoben worden. Es handelt sich um Verordnungen aus den Jahren 1916 bis 1920.

**Ausdehnung der Gilden in England.** Die Erfolge der englischen Baugilden, die unseren sozialen Baubetrieben entsprechen, sind nunmehr unbestreitbar trotz der vielfachen Kritik, mit der sie von verschiedenen Seiten her angegriffen werden. Bisher haben sie Arbeiten im Werte von 2 Millionen Pfund ausgeführt, und zwar viel billiger wie das Privatunternehmertum. Leichter war unter dem Druck der Baugilden gezwungen, auf seine Gewinne teilweise zu verzichten; das bürgerliche Organ „Observer“ rechnet aus, daß sich dadurch für die Konsumenten eine Ersparnis von 30 Millionen Pfund ergab. Die guten Erfolge der Baugilden tragen dazu bei, die Ausdehnung der praktischen Gildenbewegung zu fördern, es wurden gegenwärtig mehrere neue Gilden begründet, und zwar in der Möbel- und Rüstindustrie. Es sollen ferner sämtliche Gilden in einen Nationalverband zusammengefaßt werden. Die Großbank der zentralen Genossenschaften gibt durch Kreditgewährung die materielle Unterlage für die Gilden. Besonders in den nordwestlichen Teilen Englands macht diese neue Form der Arbeitsorganisation gute Fortschritte.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Der Inventurausverkauf der Firma Franz Borowicz, Abteilung Bielefeld, der, wie aus dem Inserat in der vorliegenden Nummer ersichtlich ist, nach bis 18. Juli stattfindet, bietet außerordentlich Bietelle in Altschiffen und Bekleidungen, die bisher unerreichbar waren.

## Briefkasten der Redaktion.

**Turnen 100.** Nein, dort gibt es eine solche Anzahl nicht. Sie müßten sich an die orthopädische Klinik der Charité wenden. Die Kosten sind nicht groß; sie richten sich nach den Einkommensverhältnissen.

**Wetterbericht bis Freitag mittag:** Etwas wärmer, zunächst vielfach heiter bei mäßigen südwestlichen Winden. Später wieder zunehmende Bewölkung und im westlichen Küstengebiet leichte Regenschauer.

MANOLI

30's

Zigarette

Die neue  
30's  
Zigarette

BND

Am Dienstag, dem 5. Juli, verschied nach schwerem Leiden, unser langjähriger Angestellter, Herr **Richard Gallus**. Der Dahingeschiedene war uns ein überaus treuer, fleißiger Mitarbeiter, dessen Ableben wir schmerzlich beklagen. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. Berlin SW. 19, den 6. Juli 1921. Die Inhaber der Firma Carl Schults Nachf. Uebungsgründung. Heinrich Placzek, Gottfried Grabowski.

**Bezirksverband Berlin SPD. 4. Abteilung. Nachruf!** Am 2. Juli verstarb nach kurzem Krankenlager das langjährige Mitglied **Karl Thielmann**. Ehre seinem Andenken!

Für die erhebende Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, die herrlichen Kranzgebühren und den Reichtum am Grab lag ich herzlich dank. Frau **Karl Thielmann**. Spez.-Beh. **Ischias**. Hüft. Gesäß u. Bein. Das schw. Fälle in 18 Tag. beseitigt. Hier ab. unantastb. Heilerfolge best. u. Referenz. Invaliden. **Jacoby** Straße 106, von 10-2.

**Allg. Ortskrantentafel Berlin-Friedenau** Abteilg. 9. **Einladung** zur außerordentlichen **Musikabstimmung** am Freitag, den 15. Juli 1921, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenlokal, Rheinstr. 9. Vorderhaus 1 Trepp. Tagesordnung: 1. Hochmögliche Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Vorstandes auf Vereinigung mit der Allgemeinen Ortskrantentafel Berlin-Schöneberg. — 2. Berichtlebene. Berlin-Schöneberg, 5. Juli 1921. Der Vorstand. 7/2 Dr. Carl. Ulrich, Schriftf. 935

**Deutscher Metallarbeiterverband** Verwaltungsstelle Berlin X. N. 54, Erlinestr. 33-35. Geschäftstg. von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Amt Rothen 108, 1230, 1087, 9714.

Heute Donnerstag, den 7. Juli, vormittags 11 1/2 Uhr, im „Rosenhaler Hof“, Rosenhaler Straße 11/12 (Weißer Saal):

**Wahlkörperversammlung** aller arbeitslosen Zigarettenmaschinenführer, Mechaniker, Einrichter und Schraubendreher.

Am Freitag, den 8. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Prof. Dr. Wulsthauser, Ede Michaelstr. 11/12:

**Wahlkörperversammlung** aller arbeitslosen Maschinen- und Hilfsarbeiter.

Am Sonnabend, den 9. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Rosenhaler Hof“, Rosenhaler Straße 11/12:

**Wahlkörperversammlung** aller arbeitslosen Elektromonteur, Wäcker, Schmiede und Autogenschweißer. Tagesordnung in allen Versammlungen: **Wahl von Delegierten zur örtlichen Generalversammlung.** Die Ortsverwaltung.

**Möbelfabrik Hoffnung** eingetrag. Großschiff m. b. H. Berlin O. Rosenthaler Str. 33. **Nachtrag** per Montag am 21. Dezember 1920 Durch ein Versehen ist das Postschekkonto in Höhe v. M. 6150,00 nicht aufgelührt; demzufolge beträgt der Gewinnvertrag nicht M. 14518,11, sondern M. 20668,41. Der Vorstand. 30006 Karl Schmidt, Wilhelm Ronger.

**Buchhandlung Vorwärts** G. m. b. H. Berlin SW. 83, Lindenstraße 3

**Unser Wald** Ein Volksbuch von Curt Grottewitz Herausgegeben von Wilhelm Bölsche Preis geb. Mk. 9.—

**Preuss.-Südd. Klassen-Lotterie**  
400 000 Lose und 275 000 Gewinne in 5 Klassen von über **172 Millionen Mark**  
Hierunter die Prämien und Hauptgewinne von

2 x 750 000	2 x 250 000
4 x 500 000	6 x 200 000
4 x 300 000	8 x 100 000

Ziehung 1. Klasse bereits 12. und 13. Juli  
Preise der Original-Lose — Spielporto extra  
für jede Klasse: 1/4 10 Mark, 1/2 20 Mark, 3/4 40 Mark, 1 80 Mark  
für alle 5 Klassen: 1/4 50 Mark, 1/2 100 Mark, 3/4 200 Mark, 1 400 Mark  
**Friedrich Müller** Staatl. Lot.-Einnahmer BERLIN W 56  
Friedrichstraße 31138 Werderer Markt 10

**Metallbetten,** Stahlmatratzen, Rinderbetten div. Anordn. Ratal. 30A (eri. Gijennmüllfabrik Gupl (Zbltr.)

**Technikum Strelitz** (Mecklenburg) Gesamtum Ingeieur- u. Baufach, Wintersemester: 7. Oktober. Vorlesungsreihe wird herabköchlicht. Programm amsonst.

**Preussische Staats-Lotterie**  
600 000 Lose mit 275 000 Gewinnen in Gesamth. von über **172 Millionen M.**  
2 mal 750 000 M.  
4 mal 500 000 M.  
4 mal 300 000 M.  
Ziehung 1. Klasse 12. und 13. Juli  
1/4 Lose 10 M., 1/2 Lose 20 M., 3/4 Lose 40 M., 1 Lose 80 M.  
Postgebühr und amtliche Gewinn-Lose M. 1,20  
Staatlicher Lotterie-Einnahmer **Kröger,** Berlin W 8, Friedrichstr. 192-193 an der Leiniger Str.  
Telegramm-Adresse: Goldquelle, Fernsprecher: Zentrum 1982 und 2946. Postcheck: 31048.

**Neuer Seeweg** nach den **Ostsee BÄDERN** mit Salonschnelldampfer „Grille“ des Norddeutschen Lloyd Bremen  
Von **Lübeck-Travemünde** nach **Timmendorfer Strand Neustadt i. Helg. Grönitz-Schme und Arendsee-Brunshaupten Helligendam Warnemünde** und zurück  
Von **Swinemünde** nach **Zoppot und Bansig** Regelmäßige Fahrten nach besond. Fahrplan  
Fahrkarten, Fahrpläne und kostenlose Auskunft an Bord des Dampfers, bei den Vertretungen des Norddeutschen Lloyd, allen Lloyd-Reisebüros und den Fahrkartenausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros und des Weltreisbüros Union, Berlin W, Unter den Linden  
**Norddeutscher Lloyd Bremen** Abteilung Seebärdienst

**Bis 18. Juli** vormittags 9 Uhr bis abends 7 Uhr **Inventur-Ausverkauf** unserer Abteilung: **Bestecke.** **Enorm billige Preise bis 70% herabgesetzt!**  
Dieser Verkauf bietet Ihnen Gelegenheit zu nie wiederkehrenden Preisen praktische Gebrauchsartikel zu kaufen.  
**1a Alpaka-Esslöffel** silberweiß und gestempelt jetzt Stück Mark **5.90**  
**1a Alpaka-Kaffeelöffel** silberweiß u. gestempelt, jetzt Stück Mark **3.90**  
**Kaffee-Tablets** . . . . . Stück Mark **4.50**  
**Einzelne Tischmesser mit Aluminiumheft** jetzt . . . . . Stück Mark **4.40**  
**Kaffeelöffel „Victoria“ Aluminium** . . . . . jetzt **40 Pf.**  
**Esslöffel „Victoria“ Aluminium** . . . . . jetzt **90 Pf.** und viele andere außerordentlich billig!  
Seltene günstige Einkaufs-Gelegenheit für Geschenkzwecke, sowie für Kaffeehäuser, Restaurants, Pensionate, Hotels, Kantinen etc.  
Nach ausserhalb versenden wir gegen Einsendung des anlang. Betrages und 2 M. für Porto gern Muster der angeführten Artikel.  
**Franz Borowicz, Metallwaren-Industrie** Berlin SO 26, Waldemarstraße 27 1 Minute vom Maritaplatz und Oranienplatz Geschäftstg. v. 9-7 Uhr. — Fernspr. Maritaplatz 4474 u. 4476  
Unglaublich billig! **Prima Seltener Stahl-Bestecke** mit **Kohlröhre** statt M. 28.— jetzt nur **8.50 d. Paar**

**Alle Metalle Preiserhöhung!** Zinn! Lötzin! Weißmetall! Zahngebisse! Zahn 2. 160. Platinfüll! Gebrauch! Kupfer, Rotgull, Gold- u. Silberbruch, Messing, Nickel, Aluminium, Zink, Stanniolpapier, Glühstrumpfische bis 140 M. kauft zu Tageskursen **Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 51.**

# HERMANN'S Lebensmittel

Neue gr. Kartoffeln Pfund 1<sup>10</sup>  
 Wirsingkohl ..... Pfund 60 Pl.  
 Weisskohl ..... Pfund 50 Pl.  
 Mohrrüben ..... grosses Band 90 Pl.

**Gebr. Kaffee**  
 täglich frisch, in eigener Rösterei geröstet ..... Pfund 18<sup>00</sup>

**Corned beef**  
 Dose ca. 2 englische Pfund... 11<sup>00</sup>

Rotwurst ..... Pfund 10<sup>50</sup>  
 Landiebwurst ..... Pfund 11<sup>00</sup>  
 Süzwurst ..... Pfund 10<sup>50</sup>  
 Grobe Bauernmettwurst... Pfund 16<sup>50</sup>

**Ausgel. Rindertalg**  
 Pfund 6<sup>75</sup>

**Leipziger Strasse**  
 Fehrippeu. Brust gefroren Pfund 7<sup>00</sup>  
 Schmorfleisch ohne Knochen, gefroren, Pfd. 10<sup>50</sup>  
 Schabefleisch gefroren, Pfd. 12<sup>00</sup>  
 Gehacktes gefroren ..... Pfund 9<sup>00</sup>

**Alexanderplatz**  
 Roastbeef mit Knochen, Pfund.. 9<sup>00</sup>  
 Frisch. Kalbskamm Pfd. 9<sup>00</sup>  
 Frisch. Kalbskeulen Pfd. 10<sup>50</sup>  
 Hammelfleisch frisch, Pfund 12<sup>00</sup>

Bratfett ..... Pfund 9<sup>25</sup>  
 Harzer Käse ..... Pfund 6<sup>40</sup>  
 Brikkäse ..... Pfund 7<sup>80</sup>  
 Tafelreis ..... Pfund 2<sup>40</sup>

**Gefr. Kaninchen** 3<sup>90</sup>  
 ohne Kopf und Füsse ..... Pfund 3<sup>90</sup>

**Kabliau** mittelgross, Pfund 1<sup>20</sup>

Holländ. Pudding Paket 90 Pl.  
 Schokoladenspeise Paket 2<sup>23</sup>  
 Kartoffelmehl ..... Pfund 3<sup>20</sup>

**Allerfeinste Tafelbutter**  
 zu billigst. Tagespreisen

## Billige Weine

Preise einschl. Flasche, ohne Steuer

1918er Bockenheimer Rotwein  
 gute, volle Qualität 1/2 Flasche 8<sup>50</sup> 10 Flaschen 80<sup>00</sup>

1917/18er Ingelheimer Rotwein  
 1/2 Flasche 12<sup>00</sup> 10 Flaschen 110<sup>00</sup>

1918er Oberhardt. Maikamm.  
 1/2 Flasche 12<sup>50</sup> 10 Flaschen 120<sup>00</sup>

1919er Neustadter Böhl Naturgewächs Kaltrich  
 1/2 Flasche 18<sup>50</sup> 10 Flaschen 175<sup>00</sup>

Alter Tarragona rot  
 1/2 Flasche 10<sup>50</sup> 1/2 Flasche 20<sup>00</sup>

1917er Burgunder Beaujolais  
 1/2 Flasche 10<sup>50</sup> 1/2 Flasche 20<sup>00</sup>

# Fortsetzung des Saison-Ausverkaufs aber nur noch 3 Tage

### Theater, Lichtspiele etc.

**Staatsoper**  
 Sommergastspiel  
 Leitung Gustav Bergmann  
**Die Strohwitwe**  
 7 1/2 Uhr

**Deutsches Theater**  
 7 1/2 Uhr: Potasch u. Perlmutter  
 8 1/2 Uhr: Potasch u. Perlmutter  
**Kammerspiele**  
 7 1/2 Uhr: Zwei stückliche Tage  
 8 1/2 Uhr: Frühlingserwachen

**Gr. Schauspielhaus**  
 (Karlstraße)  
 8: Die Weber (Auss. Abonn.)  
 8 1/2: Die Weber (Auss. Abonn.)

**Central-Theater**  
 8 Uhr: Jlonka  
**Deutsches Opernhaus**  
 7 Uhr: Mignon  
 Friedr. Wilhelmstr. Th.  
 7 1/2 Uhr: Die Kleine aus der Hölle  
 Kl. Schauspielhaus

**Reigen**  
 Kleines Theater  
 7 1/2 Uhr: Limburg u. Schönmann  
 in: Nur ein Traum  
**Metropol-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Die blaue Mazur  
 Neues Operettentheater

7 1/2 Uhr: American-Girl  
**Residenz-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Max Adalbert in  
 1919 (Ab dafür!)

**Schiller-Theater**  
 Operetten - Spielzeit  
 7 1/2 Uhr: Meine Frau - das Fräulein  
**Schloßpark-Theater**  
 Steglitz, Schloßstraße 48  
 7 1/2 Uhr: Raub der Sabinerinnen  
 Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: Mascottchen  
**Th. am Nollendorfplatz**  
 7 1/2 Uhr: Der Vetter aus Dingsda  
**Theater des Westens**  
 7 1/2 Uhr: Morgen wieder lustig!  
 Th. d. Kommandantenstr.

7 1/2 Uhr: Die goldene Freiheit  
**Trianon-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Ida Wüst, Carola  
 Toelle, Hermann Valentin in  
 Lady Windermere's Fächer  
**Wallner-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Cavalleria rusticana,  
 Bajazzo

**Walhalla-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Scheidungsreise  
**Admirals-Palast**  
 7 1/2 Uhr: Abrahadabra

**Neue Welt**  
 ARNOLD SCHOLZ  
 Hasenheide 108-114  
 Donnerstag, 7. Juli 1921:  
**Konzert und Spezialitäten-Vorstellung**  
 Gr. Kunst- u. Fronten Feuerwerk  
 Zum Schluß:  
 „Ausbruch des Vesuv“  
 ausgeführt vom Pyro-  
 techniker E. Nieldand  
 Ant. 5 U. Ant. 5 U.  
 Außer- dem: **Großer Ball**

**Volksbühne**  
 Theater am Bülowplatz.  
 7 1/2 Uhr: Der Kaiserjäger  
**Lessing-Theater**  
 Altabendlich 7 1/2 Uhr:  
 Die Ballerina des Königs  
 (Konstantin, Götz)  
**Deutsches Künstler-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Geständnis  
 Ralph, Otto, Stifler

**Romische Oper**  
 Opernspielzeit  
 Täglich 7 1/2 Uhr  
**Alt-Heidelberg**  
 Oper von Pacchierotti  
 Stg. 34/2: Der Barbier v. Sevilla

**Folles Caprice**  
 Lindenstr. 132 am Oranienbg. T.  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Prinzessin vom Nil**  
 Operette in 3 Akten  
 Musik von Victor Holtländer  
 mit Franz Blenke, Max  
 Walden, Käthe Jungherr usw.

**Berliner Prater**  
 Kastanien-Allee 7-9  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Varieté**  
 Wenn Engel streiken!  
 Operette in 3 Akten

**Rose-Theater**  
 Wodie Schwalben  
 nisten

**WINTERGARTEN**  
 Varieté-Spielplan  
 Rauchen gestattet!

**Th. a. Kottbuser Tor**  
 Tel. Moritzpl. 16077  
 Tägl. 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
 - 10 Herren! -  
 Witz! Komik!  
 Urkem. Typen!  
 Größt. Lacherfolg  
 Vorvk. 11-13, 4-6 U.

**APOLLON**  
 THEATER  
 7 1/2 Uhr abends 7 1/2  
 Die große  
**Ausstattungs-Schau**  
**Tip Tip Hurrah!**  
 Ueber 150 Mitwirk.  
 mit dem bekannten  
 Wilhelm Harsteln  
 Albert Paulig  
 Heinz Sarnow  
 Erna Alberti  
 Elise Schlotzka  
 Orig.-Pferdereisen

**METRO**  
 Behrenstraße 34  
 7 1/2 Uhr:  
 Persönliches Auftreten  
 Johannes Heilmann u.  
 Dora Schütter in  
 „Cocain“ (Sektiköbel)  
 u. 9 weitere Attraktionen

**Schau-Burg**  
 Königgrätzer Straße 121  
 Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Herrnfeld-Gastsp.**  
**Kriegsgewinnler**  
 Anton Herrfeldt persönl.  
 Ab 7 Uhr:  
 Filmprogramm

**Neues Operetten-Theater**  
 Schiffbauerdamm 4a.  
**Donnerstag, 7. Juli, 7 1/2 Uhr abends**  
 Zum 50. Male:  
**Der grosse Operetten-Erfolg:**  
**American Girl.**

**Berliner Theater**  
 Altabendlich 7.30 Uhr:  
**DAS MILLIARDEN SOUPER**

**Rennen zu Grunewald**  
 (Berliner Rennverein)  
**Donnerstag, den 7. Juli, nachm. 3 Uhr**  
 7 Rennen

**Krause Pianos**  
 zur **Miete**  
 Ansbacher Straße 1,  
 Ecke Kurfürstenstraße

**Inserate im Vorwärts bringen Erfolg!**

**Theater i. d. Königgrätzer Str.**  
 Götze, Fri-Bühne-Summe  
 7.30 Uhr, zum ersten Male:  
**Frau Saitner**  
 Regie: Frau Saitner  
 Sonnabend: Föhn  
**Komödienhaus**  
 7.30: Der blonde Engel

**Reichshall-Theater**  
 Stettiner Sänger  
 Anfang 7 1/2 Uhr  
**Dönhoff-Bretel**  
 :: Varieté ::  
 Saal u. Garten

Heinrich Schulz:  
**Sozialdemokratie und Schule**  
 3.50

Dr. Otto Baumert:  
**Der Volkstheater im Volkstaat**  
 1.20

Dr. Richard Lehmann:  
**Die Arbeit im Elternrat**  
 1.50

Heinrich Bahle:  
**Die weltliche Schule**  
 1.50

Dr. Max Wolf:  
**Die Volksschule als Einheitschule**  
 1.25

20% Zuschlag  
**Buch. Vorwärts**  
 Lindenstr. 2

**Mauserpistolen**  
 mit Anschlagkolben  
 kal. 12.5, sowie andere  
 Pistolen u. Jagdwaffen  
 kauft **Julius Heßner**  
 Markgrafenstr. 31

**Metallankaufsstelle**  
 Osten, Grüner Weg 50  
 zahlt Tagespreise für  
**Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**

**Ankauf Juwelen**  
**Maréchal & Co.**  
 Kanonenstr. 9.

**Zinn u. Blei**  
 sowie alle Altmetalle kaufen  
 zu Tagespreisen  
**Metallschmelzwerke,**  
 Waldemarstr. 74,  
 Telefon: Moritzplatz 965

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umg., e. G. m. b. H.  
**NEUE HERINGE**  
 und  
**NEUE KARTOFFELN**

zu billigsten Tagespreisen  
 in  
**150 Verteilungsstellen**  
 in Groß-Berlin

**Alles in den Schatten stellend**  
 Leihhaus Brunnenstraße 5

## KLEINE ANZEIGEN

**Jedes Wort 1 M.** Das fettgedruckte  
 (z. B. **Wort**) 1,50 M. (zu-  
 lässig ohne fettgedruckte Worte). Stellengesuche  
 und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort (fett-  
 gedruckt) 1 M., jedes weitere Wort 60 Pf. Worte  
 mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte

**Anzeigen** die für die nächste Nummer  
 bestimmt sind, müssen bis um  
 5 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des  
 Vorwärts, Berlin SW. 67, Lindenstraße Nr. 3,  
 abgegeben werden. Dieselbe ist von morgens  
 9 Uhr bis abends 5 Uhr ununterbrochen geöffnet

**Verkäufe**  
 Nähmaschinen, Feilzahlung  
 Boden, Preisverläufig. 30.  
 Weiswäcker billig. Teilbe-  
 zug 57., Affenbezug 11.,  
 Bettdecken 20., Jalousien 28.,  
 auch einzelne, etwas ange-  
 kauft, weil untern Preis.  
 Wäschehoffe, Dentisther  
 nennend billig. Weisse Bedie-  
 nung. Wäscheabstr. Stump-  
 e Jäger. Landbergerstr. 2  
 achtundachtzig. Gedichtes  
 Stielgeschütz. 1582\*

**Möbel**  
 Umbaufolies 925 bis 1200.  
 Chaiselongues 200 bis 575.  
 Aufhängemöbelen, Patent-  
 möbelen 110. Weiter,  
 Stängelstr. 107/108.

**Werkel-Werkel, Werkstoff**  
 15. Fabrikgebäude. Zu be-  
 zugs niedrigeren Preisen offer-  
 tiert in reichster Auswahl  
 überflüssig aufgelegte Auf-  
 baum-Einrichtungen, eigene  
 Schloßmaler, Speisezimmer,  
 Perronszimmer, Küchen, Bol-  
 denmöbel, Verkleidung er-  
 beten. Eventuell Holzhaus-  
 einrichtungen. 1812\*

**Werkzeugmaschinen**  
 Glasas. großes Lager neu  
 und gebrauchter Instrumente.  
 Scherer. Chausseestraße 150.

**Kaufgesuche**  
 Schallplatten, Violinen, alle  
 fast Metallkoffer E. Sohn.  
 Alte Jakobstraße 138 (Halle'sches  
 Tor).

**Arbeitsmarkt**  
**Stellenangebote**  
**Buchmacherinnen**  
 auch Anfängerinnen, per sofort  
 gesucht. Hoffmann, Götze-  
 nstraße 48. 35000\*

**100 Räder, weiß und**  
 essendeln, offeriert, auch  
 in naturfarben, neue Re-  
 bellen, nie wiederkehrend  
 vorwärts zum Einzelverkauf.  
 Trossenper, Lagerung folgen-  
 dall Berliner Räderhaus  
 Markt-Hofstr. 100. Nur Son-  
 aben. Halber Str. 25.  
 Buchbein, Kollhafer Tor 25.

**Überbrückende Christian**  
 Rosenkranz. 30a (gegenüber  
 Pantentheater) fast 3000-  
 gebräute Weinstämme, Schwund-  
 lichen, Blühtermpflege, Durch-  
 läuter. Ähnliche Preise. 1427

**Maschinenfloher,**  
 der längere Zeit in deutschen  
 Fabriken gearbeitet hat und  
 mit Elektromotoren Weichen  
 weiß gelocht. 3703  
**Chemische Fabrik Oberhavel**  
 weide G. u. H. 9.  
 Berlin-Oberhavelstr. 90.

**Glasbläser**  
 für Laboratoriumsarbeiten auf wissenschaftlichem Gebiet ge-  
 sucht. Schriftliche Bedingungen an Dipl.-Ing. C. Congelin,  
 Charlottenburg, Frauendamm 12.

Schiffser, Rittmeister, Bischof und Pabst Schweden. Am Dienstag habe der Oberreichsanwalt telephonisch erklärt, daß festgestellt ist, daß sich der Verdacht gegen einen großen Teil der in das Verfahren mit Beweismitteln als unbegründet erwiesen habe. (Hört, hört! lntz.) Gegen Wangenheim sei die Voruntersuchung abgeschlossen. Beim Untersuchungsrichter seien 10 Verfahren mit 11 Schuldigen noch anhängig. In einigen Fällen seien Stadtbriefe erlassen. Dem Reichstage werde in den nächsten Tagen die geforderte Statistik über den Stand der Verfahren vom 1. Juli zugehen. Abg. Rosenfeld stellte demgegenüber fest, daß das Ergebnis, wenn Wissenschaftler durch ein Verprechen, die Herren zu schonen, gebunden wäre, kaum anders ausfallen könnte.

Der Nachtragsetz wurde, nachdem Abg. Bender (Soz.) beim Etat des Reichswehrministeriums auf die Befahren des Kartoffelwuchers in Mogdeburg verwiesen hatte, im ganzen gegen die Kommunisten und Unabhängigen angenommen. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, 10 Uhr. Kleine Vorlagen, Rest von heute. Schluß gegen 10 Uhr.

## General Stenger freigesprochen.

### Zwei Jahr Gefängnis gegen Major Crusius.

Im Prozeß Stenger-Crusius verkündet der Präsident Dr. Schmidt das folgende Urteil:

Der Beschuldigte Stenger wird freigesprochen. Der Angeklagte Crusius wird wegen fahrlässiger Tötung zu 2 Jahren Gefängnis und zum Verluste der Befugnis zum Tragen der Uniform verurteilt. Die Unterforschungschaft wird angerechnet. Die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt.

#### In der Urteilsbegründung

wird u. a. ausgeführt:

Dafür, daß General Stenger am Morgen des 21. August einen Befehl des Inhalts gegeben habe, wie er in der Anschuldigung der Auslieferungsliste angenommen ist, hat die Verhandlung keinerlei Beweis erbracht. Die Worte, die General Stenger auf dem Exerzierplatz beim Vorbereiten der Truppen zugerufen hat, waren nicht so gehalten, daß sie mißverstanden werden konnten. Auch die

#### Tötungen, die zweifellos stattgefunden

haben, fallen ihm nicht zur Last. Nun ist dem General Stenger weiter zur Last gelegt worden, daß er die Erschießung von drei Gefangenen, die an ihm vorbeigeführt wurden, gebilligt habe. Dafür sind zwei Zeugen aufgetreten, Oberdorf und Kleinhaus. Das Gericht hat angenommen, daß dem Zeugen Oberdorf kein Glaube beizumessen ist. Daß der Zeuge Kleinhaus als ungläubwürdig anzusehen sei, könne nicht gesagt werden. Aber offenbar haben sich die Dinge in seiner Erinnerung so verschoben und verändert, daß sie ein solches Bild geben. Die Aussage dieses Zeugen scheidet aus. Es ist nicht nur nicht erwiesen, sondern widerlegt, daß General Stenger einen derartigen Befehl erteilt hat.

Was den Angeklagten Crusius betrifft, so scheiden zunächst alle Handlungen am 26. August aus, weil Crusius nach dem Gutachten der Sachverständigen an diesem Tage infolge Geistesstörung

#### seiner freien Willensbestimmung beraubt

war. Anders liegt die Sache bezüglich des 21. August. Nach dem Gutachten der Sachverständigen Dr. Sernau und Professor Anton war der Angeklagte an diesem Tage zweifellos nicht derart geistesgestört, daß er nicht Herr seiner Entscheidungen gewesen wäre, mochte seine Zurechnungsfähigkeit auch herabgemindert sein. Aber an und für sich besteht die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Angeklagten hinsichtlich der Tötung der Verwundeten. Das Gericht ist der Ansicht, daß dem Angeklagten nicht der Vorwurf zur Last gelegt werden kann, daß er fahrlässig die Tötung zur Last gelegt werden kann. Der Angeklagte handelte in dem tatsächlichen

#### Irrtum, daß ihm der Befehl zur Tötung gegeben

worden sei, nicht von seinem unmittelbaren Vorgesetzten, Major Müller, sondern vom Brigadefeldkommandeur General Stenger. Dieser Irrtum schließt die Beurteilung wegen vorsätzlicher Tötung aus. Aber der Irrtum war durch Fahrlässigkeit verursacht, weil der Angeklagte als erfahrener Offizier sich sagen mußte, daß General Stenger einen solchen Befehl nicht gegeben haben konnte und er sich also geirrt haben müsse. Der Gerichtshof ist davon überzeugt, daß mehrere Franzosen auf Veranlassung des Angeklagten erschossen worden sind; doch ist darin nur eine einzige strafbare Handlung erblickt worden. Bei der Strafbemessung wurde berücksichtigt, daß der Angeklagte sich bei Begehung der Tat in einer ungewöhnlichen Lage befand; andererseits daß der Erfolg, den er herbeigeführt hat, für das Ansehen des deutschen Heeres, das bis dahin vollständig unbesiegt war, von verhängnisvoller Wirkung gewesen ist.

Die Tragödie vom 21. und 26. August 1914 ist durch diesen Prozeß nicht reiflos aufgeklärt worden. Das Reichsgericht hat eine Tragödie der Irrungen angenommen, indem es dem Angeklagten Crusius den guten Glauben zubilligte, mit der Erschießung der Gefangenen einen vermeintlichen Befehl des Generals Stenger auszuführen, während das Gericht andererseits als festgestellt erachtet, daß Stenger einen solchen Befehl auf keinen Fall gegeben hat. Justizminister muß man der Urteilsbegründung in der Feststellung, daß tatsächlich in mehreren Fällen gefangene und verwundete Franzosen erschossen worden sind, und daß die Ehre des deutschen Heeres dadurch einen schlimmen Fleck erhalten hat. Getilgt wird dieser Fleck durch das Urteil des Reichsgerichts nicht. Selbst den Standpunkt des Reichsgerichts zugrunde gelegt, daß Crusius an einen Befehl seines Vorgesetzten geglaubt habe, so mußte Crusius als gebildeter Mann und Offizier doch wissen, daß ein solcher Befehl rechtswidrig sei und nicht befolgt werden dürfe. Sein Vorfall bei der Gefangenentötung bleibt bestehen, wenn auch die Nervensüberreizung, in der Crusius gehandelt hat, in gewissen Grenzen einen Milderungsgrund ergibt.

Eins hat der Prozeß jedenfalls wiederum bewiesen: wie ganz anders der Krieg seelisch zu bewerten ist, denn als „kräftigendes Stahlbad“. Der Prozeß hat gezeigt, wie die wilde Raserei der Schlacht den Menschen vertiert und verroht. Wer selbst im Feuer gestanden hat, wird rein menschlich die Wut der deutschen Soldaten gegen die französischen Baumhäuser verstehen. Aber entgegen der Behauptung der reaktionären Presse muß doch betont werden, daß diese Baumhäuser absolut nichts Völkerrechtswidriges getan haben. Der General, der mit zwei Armeekorps in den Rücken der Feinde kommt, erntet höchstes Lob. Was ist an dem Soldaten zu tadeln, der einzeln und unter höchster persönlicher Gefahr das gleiche tut? Es wäre Sache der Offiziere gewesen, die Erbitterung über einen sehr gefährlichen, aber durchaus rechtmäßig kämpfenden Feind einzudämmen, und gegen diese Pflicht zum mindesten hat auch der General Stenger mit seinem Hejworten gegen die Baumhäuser gefehlt.

Die Gleichstellung der Pensionäre. Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten beschloß am Mittwoch, die Pensionen über Gleichstellung der Pensionäre im Reich und in Preußen dem Hauptausschuß zur weiteren Beratung zu überweisen.

## Freude an Beuthen.

Die Pariser Presse benutzte bekanntlich die Erschießung eines französischen Majors in Beuthen zu einer neuen Hejpropaganda gegen Deutschland und zur Forderung neuer Repressalien. Angesichts dieser Tatsache und auf Grund des bisherigen Verhältnisses zwischen Frankreich und Polen erscheint es zweckmäßig, darauf hinzuweisen, daß die Franzosen in Beuthen am Abend nach der Erschießung des Majors Freudenfeste feierten, da durch die Erschießung für die Insurgenten neuer Anlaß zum Verbleiben und für die Franzosen somit neue Gemeinschaft mit den Aufständischen gegeben sei. Diese Tatsache, die ein kraßes Licht auf die französische Politik werfen, wurden uns von einer Seite mitgeteilt, an deren Glaubwürdigkeit nicht zu zweifeln ist.

Das frohe Leichenfest der Franzosen in Beuthen wirkt ein helles Schlaglicht auf die Gefahr, die Deutschland noch immer durch die französische Oberschlesienpolitik droht.

Mehr als einmal hat man feststellen können, daß die Poilus in Oberschlesien pfeifen, was man ihnen in Paris vorspielt. Wenn dem aber so ist, so versteht man die Freude der Franzosen an der Leiche ihres Majors. Der französische Politik ist alles erwünscht, was ihr einen Vorwand geben kann, Oberschlesien oder seine wichtigsten Teile an Polen zu bringen. Das sollte allen Deutschen, die unser Recht auf Oberschlesien nicht in Frage stellen wollen, eine eindringliche Warnung sein. Besonders die Selbstschußleute, die noch immer mit einer Entscheidung über Oberschlesien durch Waffengewalt rechnen, sollen sich gesagt sein lassen, daß das moralische Recht auf die deutsche Heimat, das die obereschlesische nicht durch dumme oder gar verbrecherische Streiche verwirrt werden darf.

„Temps“ stellt den Beuthener Zwischenfall so dar, als ob es sich um franzosenfeindliche Kundgebungen der deutschen Bevölkerung gehandelt habe. Der französische Oberst sei das Opfer eines deutschen Stoßtrupps, der einem Breslauer Geheimbund angehöre. Ziel des Geheimbunds sei es, die polnischen Führer und französischen Offiziere und Beamten aus dem Wege zu räumen. Man habe in Beuthen ein Haus, aus dem auf die französischen Truppen geschossen worden sei, unter Maschinen-gewehrfeuer genommen.

Oppeln, 6. Juli. Die Interalliierte Kommission hat infolge der Vorgänge, die sich in Beuthen abgespielt haben, den Ersten Bürgermeister von Beuthen, Dr. Stephan, ausgewiesen.

Berlin, 6. Juli. (M.D.) Gemäß den getroffenen Vereinbarungen hat der deutsche Selbstschutz am 5. Juli das obereschlesische Abfimmungsgelände verlassen und ist auf Befehl seines Führers Generalleutnant Hofer aufgelöst worden.

Brieg, 6. Juli. (M.D.) Der Abtransport des Selbstschutzes ist ruhig verlaufen. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen. Man rechnet mit einem neuen Aufstande der Polen. Fortwährend treffen Flüchtlinge aus dem östlichen Teil des besetzten Gebietes hier ein.

Oppeln, 6. Juli. (Dena.) Am Sonnabend nachmittag kam nach Schoppin die Mitteilung, daß auf obereschlesischem Boden keine ungesellige Organisation oder Behörde mehr geduldet würde. Daraufhin wurde die polnische Zivilverwaltung Korfantys nach Sosnowice verlegt, wo sie seit dem 5. Juli weiterarbeitet.

## Die Leiden der Arbeiterschaft.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“, dessen obereschlesischer Berichterstatter eben von einer längeren Reise ins Industriegebiet zurückgekehrt ist, berichtet über die Leiden der dortigen Arbeiterschaft während des Polenauflandes.

Es gibt in der deutschen Sprache kaum Worte, die alles das kurz kennzeichnen, was die polnischen Banditen sich in Oberschlesien an schändlichen Mordtaten leisteten. Nicht Hunderte, sondern Tausende von Arbeitern sind zu Tode gequält worden, indem sie durch Schüsse verletzt, durch Schläge mit Drahtpeitschen und Dörsen gemartert bis zur Bestimmungslosigkeit gepeiniget, dann durch Aether oder sonstige Mittel wieder zur Besinnung gebracht wurden. Dieses traurige Spiel wurde an einzelnen Beuten vier- bis fünfmal verübt, bis sie endlich tot waren. In diesem Zusammenhang muß besonders darauf hingewiesen werden, daß sich der polnische Aufstand nicht gegen die obereschlesischen Magnaten, wie es Korfanty in seinen Aufrufen ständig predigte, richtete, sondern daß er in der Hauptsache dem Kapittel des Deutschtums in Oberschlesien, den Gewerkschaften und den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern galt.

In den meisten der großen Industriestädte, soweit sie besetzt waren, ist die

### Arbeiterbewegung ihrer maßgebenden Führer beraubt.

In Rybnitz, Hindenburg, Biesch usw. wurden bekannte Parteifreunde und Gewerkschafter in der geschicktesten Art ums Leben gebracht. Das einzige Gewerkschaftshaus in Oberschlesien (Zaborze) ist von den Insurgenten als Hauptquartier benutzt worden. Die Bebel- wie Marx-Büsten wurden demoliert und insgesamt allein ein Sachschaden von ungefähr hunderttausend Mark angefügt.

### J. R. untereinander.

Ueber das Verhältnis der Mitglieder unter den interalliierten Besatzungsbehörden sagt derselbe Bericht:

Wir waren in den letzten Tagen in der Lage, uns mit Italienern und Engländern, die in den von Franzosen geleiteten Kreiskontrollstellen saßen und gleichberechtigt mit den französischen Mitgliedern sind, über die Zustände in den genannten Stellen und über das Verhältnis zwischen den leitenden interalliierten Persönlichkeiten zu unterhalten. Uebereinstimmend sagten sowohl Italiener wie Engländer, daß sie trotz aller Anregungen und Pläne, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, von den leitenden französischen Kontrolloffizieren

### reiflos sabotiert

werden. Soweit in den einzelnen Städten, die die Kreiskontrollstellen beherbergen, aber französische Truppen während des Aufstandes untergebracht waren, konnten die italienischen und englischen Offiziere zum Teil von ihren französischen Kollegen noch nicht einmal den Schutz ihres Lebens erwirken, das von den Aufständischen bedroht war. Französische Offiziere haben als Kreiskontrollleure bei den Italienern und Engländern Hausdurchsuchungen der Insurgenten geduldet und sind selbst gegen Verhaftungen interalliiert Personen durch die Aufständischen nicht eingeschritten.

## PPS. und 2. Internationale.

Warschau, 6. Juli. (U.) Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei (PPS.) beschloß, dem nächsten Kongreß eine Resolution zwecks Austritts aus der Zweiten Internationale vorzuschlagen.

## Reparationserleichterung.

Paris, 6. Juli. (E.) Nach Artikel 238 des Versailler Friedensvertrages hat Deutschland außer den Entschädigungen bezüglich der Rückerstattung von Wertpapieren auch die von Tieren und anderen Gegenständen zu machen, sobald diese als Eigentum einer anderen Macht erkannt worden sind. Die Erfahrungen, die in dieser Hinsicht gemacht worden sind, lehren, daß die Identifizierung dieser Gegenstände, besonders von Tieren, fast unmöglich ist und daß die Identifizierung zuweilen Kosten verursacht, die besser vermieden werden könnten. Deshalb hat man beschlossen, an die Stelle gewisser Restitutions-Erfolgleistungen treten zu lassen und hierüber mit Deutschland Abkommen zu treffen, bei denen es sich in gewisser Hinsicht um die Festsetzung von Rückgabebeträgen handeln würde. Für gewisse Schäden sind bereits Abkommen getroffen worden, für andere stehen solche bevor. Die abgeschlossenen Verträge sind der Reparationskommission übermittelt worden, die sie auch gebilligt hat. Derartige Erfolgleistungen durch Deutschland kommen für Belgien, Jugoslawien, Polen und Rumänien in Betracht.

Die Reparationskommission ermächtigte ihren finanziellen Dienst, Deutschland die Goldausfuhr, soweit es sich um Beträge unter 10 000 M. handelt, zu gestatten.

## Britenflotte nach dem Bosphorus.

London, 6. Juli. Aus Malta wird vom 5. gemeldet: Die Gesamtheit der Mittelmeerflotte mit allen bereiteten Schiffen, mit Ausnahme von fünf leichten Kreuzern ist unterwegs, um sich in Konstantinopel oder der Nähe dieses Hafens zu sammeln. Die Kriegsschiffe, die seither nach Konstantinopel ausgefahren sind, haben große Mengen Munition aller Art an Bord.

London, 6. Juli. (E.) Die „Times“ erzählt aus amtlicher Quelle, daß die Bulgaren mit den Rumäliern in Verbindung getreten sind, um einen bulgarischen Angriff gegen die Griechen in Ostthrazien vorzubereiten. Das Ziel der Bulgaren ist die Revision des Vertrages und die Wiedergewinnung Westthraziens. „Times“ vernimmt, daß die englische Regierung den Standpunkt einnimmt, daß, wenn Bulgarien die Revision des Vertrages von Neuilly erstrebe, England und auch die kleine Entente sich dem widersetzen werden.

## Die Organisation des Wiederaufbaus.

Der Reichstagsausschuß für Ausführung des Friedensvertrages beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Entwurf einer Verordnung, betreffend die Anforderung von baren Lieferungen und Werkleistungen für den Aufbau der zerstörten Gebiete, sowie betreffend Anforderungen zur Durchführung der Abrüstungen und der Innenschiffahrt. Minister Dr. Rathenau wies darauf hin, daß durch diese Verordnung die Möglichkeit und die Garantie gegeben werden soll, unsere Verpflichtungen der Entente gegenüber zu erfüllen. Eingehend äußerte er sich über den § 1 des Gesetzes, nach dem die für den Wiederaufbau erforderlichen Warenlieferungen und Werkleistungen möglichst auf dem Wege freier Vereinbarungen aufgebracht werden sollen. Falls auf diesem Wege Lieferungen und Leistungen nicht in geeigneter Weise zu beschaffen sind, sollen sie von Leistungsverbänden angefordert werden. Deshalb muß die Regierung das Recht haben, für die Durchführung besonderer Leistungen die Wirtschaftszweige zu Leistungsverbänden zusammenzuliegen. In diesem Zusammenhang ist an die Regierung haben die Vertreter der Rechtsparteien den Anfang einer neuen Zwangswirtschaft, besonders Helferich mehrte sich eifrig gegen eine derartige Handhabe.

Genau die Stimmen der Rechten beschloß der Ausschuß: „Wenn von einem Drittel der Beteiligten Einpruch erhoben wird, muß der in § 9 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag erwähnte Reichsausschuß gebildet werden. Der Einpruch bedeutet aber keinen Ausschluß der Bildung solcher Verbände.“ Weiter sagte der Ausschuß folgenden Beschlus: „Die Vergütung, welche dem Inhaber des leistungspflichtigen Betriebes zu gewähren ist, hat mit handelsüblichen Preisen in baren Geld oder mit dem Einverständnis des Empfängers auf andere Weise zu erfolgen.“

Diese Verordnung findet bei den für die Durchführung des Friedensvertrages und seiner ergänzenden Abkommen erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Abrüstung und der Innenschiffahrt sinnvolle Anwendung, die Bildung von Leistungsverbänden ist hier jedoch ausgeschlossen.

Unser Genosse Rahmann und Eggerstedt brachten noch folgende Entschlüsse ein: „Die Handhabung dieser Verordnung soll keinen Anlaß zu Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Lohn- und Gehaltsempfänger bieten. Nichts durch die Anforderungen der Entente eine Änderung der Arbeitsverhältnisse notwendig, so soll sie im Einvernehmen mit den zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter erfolgen.“ Die bürgerlichen Vertreter beantragten als Zusatz „und den zuständigen Vertretern der Arbeitgeber“ vor „erfolgen“ einzuschalten. Mit dieser Änderung wurde die Entscheidung angenommen.

## Regierung und parlamentarische Kontrolle.

Nach Artikel 85 Absatz 2 der Reichsverfassung hat der Reichstag einen ständigen Ausschuß zu bilden, dem die Aufgabe zufällt, die Regierung in der Zeit der Vertagung des Parlaments sowie bei Neuwahlen zu überwachen. Neue Verfassungsbestimmung ruht auf dem Grundsatze, daß die Regierung das Vollzugsorgan der Volkvertretung sei und daher auch während der parlamentslosen Zeit nicht ohne parlamentarische Kontrolle sein dürfte. Der Ausschuß hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, in der an Stelle Dr. Bradnauer, der bekanntlich Minister geworden ist, Dr. Meerfeld zum Vorsitzenden gewählt wurde. Es wurde ferner beschlossen, daß während der Vertagung des Reichstags der Vorsitzende den Ausschuß jederzeit zusammenberufen kann, wenn er es für nötig halte, und daß außerdem die Zusammenberufung erfolgen müsse, wenn mindestens zwei Mitglieder des fünfzehntägigen Ausschusses es beim Vorsitzenden beantragen.

Das Auto aus der Stiefkammer. Im Untersuchungsausschuß des Reichstags gegen den Reichsminister Dr. Hermes wurde am Mittwoch die Angelegenheit des Automobilkaufs behandelt, den der damalige Sektionsleiter im Reichswirtschaftsministerium, letzte Minister Dr. Hermes, aus Mitteln des Reichs-Staatsfonds seinerzeit getätigt hatte. Es handelte sich um die Frage, ob die Beweisaufnahme ergeben habe, daß Dr. Hermes vor Veronachnahme des Automobilkaufs von seinem damaligen Chef, dem Ministerialdirektor Dr. Weidenhauer und von dem Verwalter des Reichsstaatsfonds Dr. Lavallo in unmissverständlicher Weise darauf hingewiesen worden sei, den Automobilkauf aus rechtlichen Gründen zu unterlassen. Der Ausschuß kam mit 4 gegen 1 Stimme bei einer Stimmenthaltung zu dem Beschlus, daß die Beweisaufnahme ergeben habe, es sei eine Warnung aus rechtlichen Gründen nicht erfolgt.

Die amerikanischen Rheintuppen. „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, Präsident Harding habe erklärt, daß die amerikanischen Truppen bis die deutschen Reparationen bezahlt und andere Vertragsbestimmungen erfüllt sein würden, möglicherweise am Rhein bleiben würden.

# Kampf oder Verständigung in Groß-Berlin?

Obwohl in diesem Augenblick die städtische Arbeiterschaft an ihrer Solidarität mit den streikenden Gutsarbeitern ebenso unverbrüchlich festhält wie der Magistrat an seinem Standpunkt, daß ein Entgegenkommen an die Wünsche der Arbeiter mit dem Interesse der Gesamtheit unvereinbar sei, glauben wir versichern zu können, daß die Aussichten auf das Zustandekommen einer Verständigung noch nicht geschwunden sind. Von seiten führender Genossen im Berliner Gemeindeleben wird der Versuch fortgesetzt, eine Katastrophe, wie sie der Ausbruch eines offenen Kampfes darstellen würde, zu vermeiden.

Der Magistrat muß sich aber auch darüber klar sein, daß ein einfaches Zukreuzziehen der Arbeiter ganz unmöglich ist. Das weiß jeder, der die Psychologie der Arbeiterbewegung einigermaßen kennt. Und an diesem Stand der Dinge ist der Magistrat nicht ganz unschuldig, denn es scheint fast, als ob seine Feder manchmal von einer Hand geführt würde, die den Konflikt nicht vermeiden, sondern ihn herbeiführen will. Sonst hätte er es besser verstanden, an die Einsicht der Arbeiter zu appellieren, und hätte Einschüchterungsversuche vermieden, die nur das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung haben können.

Es gibt gewiß Elemente in Berlin, die den Kampf und die Niederlage der Arbeiter in ihm sehr wohl herbeiwünschen. Aber ihr Spiel zu spielen kann nicht die Aufgabe des Magistrats sein. Kommt es zum Kampf, so muß der Magistrat seinen Sieg wollen, das heißt eben die Niederlage der organisierten Arbeiter mit allen ihren demoralisierenden sozialen und politischen Folgen. Das wäre das Beste, was der Magistrat erreichen könnte: nach einem zerrüttenen Kampf Stärkung des Scharfmachertums auf der einen Seite, der kommunistischen Konfusion auf der anderen. Ein solcher „Sieg“ des Magistrats würde dem Gemeinwesen Groß-Berlin teuer zu stehen kommen, viel teurer als ein letzter Versuch, den Streit durch Verständigung zu beenden.

Daraus folgt, daß verhandelt werden muß und daß der Magistrat sich moralisch ins Unrecht setzen würde, wenn er sich dieser Notwendigkeit verschloße. Gelingt es dem Magistrat, sei es auch durch Opfer, eine Katastrophe vom Groß-Berliner Gemeinwesen abzuwenden, so wird er für seinen Standpunkt, daß für die Durchsetzung von Forderungen nicht erträgt werden darf, daß bei dem Maß der Bewilligungen auf die Gesamtlage der Stadt Rücksicht zu nehmen ist, in den weitesten Kreisen der arbeitenden Bevölkerung Verständnis finden. Will er das erreichen, dann darf er es jetzt nicht darauf anlegen, zuletzt als Triumphator über Trümmern dazustehen.

Kommt es zum Kampf, so mag siegen wer will, die Arbeiterklasse wird zum Schluss doch die Geschlagene sein. Darum ist es jetzt am Magistrat, den Schritt zu tun, der die Gefahr beseitigt und freie Bahn für eine Verständigung schafft.

Vom äußeren Verlauf der Ausstandsbewegung der städtischen Gutsarbeiter gibt der Magistrat folgende Darstellung:

Am 23. Februar 1921 überreichte der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter der Deputation für Güter die Forderungen seiner Sektion Riefelfeldarbeiter zu dem am 1. April d. J. in Kraft tretenden Tarifvertrag für Güter und ersuchte um mündliche Verhandlung, die am 2. April 1921 stattfand. Schon hier verwies der Magistrat auf die

## große Belastung des Güterhaushalts

durch die Vorschläge und die notwendige Lösung der Deckungsfrage, sowie auf die erforderliche Sicherung der Wirtschaftlichkeit des Güterbetriebes, ohne die diese Bewilligung der Forderungen undenkbar sei. Auch wurde schon damals festgestellt, daß die städtischen landwirtschaftlichen Arbeiter bereits erheblich besser stünden als die gleichen Gutsarbeiter der Nachbarschaft. Die Lohnerhöhung von 40, 90 und 90 Proz. der bisherigen Sätze lasse sich nicht durch eine Steigerung der Bewirtschaftung ausgleichen, auch seien Personaleinsparungen auf Grund erhöhter Dienstleistungen der einzelnen Arbeiter nicht möglich gewesen. Die Tarifdeputation selber beschäftigte sich am 7. April mit der Frage. Auch hier wurde betont, daß man versuchen müsse,

wieweit man entgegenkommen könne.

Im übrigen wurde festgestellt, daß die Lohnausgaben bereits überhöch angewachsen seien, und daß die Forderungen an Naturalien 40 Proz. der Gesamternte verschlingen müßten. Auch wurde hervorgehoben, daß bereits Versuche unternommen seien, die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu steigern, wie z. B. die Einführung von Wirtschaftskontrollen, Erzielung eigenen Saatgetreides und Verminderung der Zahl der Arbeiter. Schließlich sei zu beachten, daß gegenüber der privaten Wirtschaft im Kreise Letzter die Berliner Gutsarbeiter durch geringe Arbeitszeit (2000 gegen 2900 Stunden) günstiger gestellt seien, was allein jährlich einen Kostenaufwand von 600 000 M. ausmache, auch werde bei unverschuldeter Verschämung die Vergütung fortgezahlt. Eine den Arbeitern von der Güterverwaltung vorgeschlagene Gewinnbeteiligung sei von ihnen abgelehnt. Die Tarifdeputation unter Teilnahme der Vertreter der Organisationsparteien beschäftigte sich dann am 9. und 13. April erneut mit der

Frage. Auch hier wurde wiederum vor einer weiteren Belastung des Berliner Haushalts pflichtmäßig gewarnt, zugleich aber darauf hingewiesen, daß

## eine Verständigung möglichst erzielt werden solle.

Am 15. April schlug die Deputation vor, zu dem bar bezahlten Betrage der Stundenlöhne 15 Proz. analog der Erhöhung für die übrigen städtischen Arbeiter zuzuschlagen. Das Deputat solle wie bisher bestehen bleiben. Die Beihilfe, die je nach Stand der Feuerung abbaufähig sei, würde den Güterarbeitern auch weiter bezahlt werden. Der Magistrat lehnte nunmehr am 20. April einen Ausschuss von sieben Mitgliedern ein, um die auf den Abschluss eines neuen Tarifvertrages abzielenden Vorschläge der Tarifdeputation nachzuprüfen. Der Magistrat beschloß alsdann am 4. Mai, den von dem Ausschuss beschlossenen Manteltarif mit den von ihm vorgeschlagenen Veränderungen anzunehmen, abgesehen von einer geringfügigen Einzelheit. Die Gewährung der 15proz. Lohnerhöhung wurde mangels jeder Deckung ausdrücklich abgelehnt. Der Magistrat teilte das Ergebnis dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit und erklärte, daß der neue abzuschließende Tarifvertrag vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung bis 31. Dezember 1921 gelten solle. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter rief hierauf

## den Schlichtungsausschuss Groß-Berlin

an, der am 20. Mai zusammentrat und zunächst den Manteltarifvertrag verhandelte. Am 27. Mai wurde vor dem Schlichtungsausschuss sodann zunächst versucht, über den Lohnstarif selbst zu verhandeln und die einzelnen Positionen durchzubesprechen. Das erwies sich infolgedessen als unweckmäßig, als der Magistrat überhaupt jede Lohnerhöhung abgelehnt hatte, während seitens der Tarif-

Die Mitglieder der Stadtverordnetenfraktion der SPD, sowie die Mitglieder des Magistrats und des Vorstandes des Bezirksverbandes Groß-Berlin werden von der Gewerkschaftskommission zu

heute, Donnerstag, 7. Juli, um 2 Uhr nachmittags

zu einer Sitzung im „Goldenen Löwen“, Fädenstr. 55, eingeladen.

Tagesordnung: Der Streik der Gutsarbeiter.

deputation immerhin noch ein Zuschlag von 15 Proz. den Arbeitern zugesprochen war. Am 1. Juni erließ der Schlichtungsausschuss einen Schiedsspruch, in dem insbesondere das Mitbestimmungsrecht nach Gegenvorschlag des Magistrats geregelt wurde mit gewissen Änderungen. Der Lauf des Lohnstarifs wurde bis zum 31. März 1922 verlängert. Der Schlichtungsausschuss stellte ausdrücklich fest, daß eine Erhöhung der Sätze des bisherigen Lohnstarifs nicht angängig sei. Die Finanzlage der Stadt Berlin lasse eine Mehrbelastung nicht zu, und auch die Lohnsätze der Güterarbeiter der umliegenden Kreise seien nicht höher als die des bisherigen städtischen Tarifs. Der Magistrat nahm in seiner Sitzung vom 8. Juni 1921 den Schiedsspruch wegen Abschlußes eines Tarifvertrages mit den städtischen Güterarbeitern an. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter lehnte ihn jedoch ab, wies darauf hin, daß die Arbeitsniederlegung folgen werde, wenn nicht bis zum 7. Juni abends eine andere Regelung für Lohn und Mitbestimmungsrecht gefunden sei. Der Streik sei im übrigen durch die Verhandlungsinstanzen genehmigt. Am 15. Juni beschloß der Magistrat an dem Schiedsspruch festzuhalten und lehnte weitere Zugeständnisse bezüglich des Mitbestimmungsrechts und der Lohnerhöhung ab. Der Verlauf der Verhandlungen ergibt unzweifelhaft, daß

## der Magistrat zur Verständigung bereit

war, und daß der Schlichtungsausschuss ausdrücklich anerkannt hat, erstens daß der Stadthaushalt eine weitere Belastung zurzeit nicht vertrage, zweitens daß die städtischen Güterarbeiter gegenüber den privaten Güterarbeitern der Nachbarschaft besser gestellt seien. Die Urabstimmung der Arbeiter der Güter und Nebenbetriebe entschied sich trotzdem zum 13. Juni für den Streik.

Abgesehen davon, daß die städtischen Güterarbeiter durch das Deputat besser gestellt sind als alle übrigen städtischen Arbeiter, würde ein Ausstand der gesamten städtischen Arbeiter eine schwere Schädigung der Bevölkerung sowie ein Anschwellen der Zahl der Erwerbslosen herbeiführen.

Der Magistrat richtete gestern folgenden Aufruf an die Arbeiter der Stadt Berlin:

„Die städtischen Gutsarbeiter stehen im Ausstand und haben die Notstandsarbeiten eingestellt. Die Gutsarbeiter werden durch das Deputat erheblich besser bezahlt als die übrigen Arbeiter der Stadt.

Bei günstiger Lage der Finanzen würde trotzdem der Magistrat allen Arbeitern, nicht nur den Gutsarbeitern, Aufbesserungen zugehen, um eine Hebung ihrer Lebenshaltung zu ermöglichen. Die Verhältnisse des Stadthaushalts schließen dies aber zur Zeit vollkommen aus. Die Folge von Zugeständnissen, für welche die baren Mittel fehlen, müßten eine Verringerung der Belegschaft auf den städtischen Gütern und Entlassungen auch in den übrigen Verwaltungen der Stadt sein. Durch neue Entlassungen aber würden zahlreiche städtische Arbeiter in bittere Not geraten. Die pflichtmäßige Haltung des Magistrats stellt für ihn keine Rechtsfrage dar, vielmehr handelt es sich um eine Lebensfrage der Stadt.

Der Beschluß einer Funktionärerversammlung der städtischen Arbeiterschaft erregt den Sympathiestreik zugunsten der ausständigen Gutsarbeiter. Die Betriebe sollen hierüber zur Abstimmung schreiben. Mögen die städtischen Arbeiter sich bemühen sein, was für sie auf dem Spiele steht, insbesondere, daß sie selbst unter Umständen ihre Arbeit bei der Stadt dauernd verlieren werden.

Alle städtischen Arbeiter fordern wir dringlich auf, weiter zu arbeiten. Streiklage werden unter keinen Umständen bezahlt werden.

Damit dürfte der Sache, um die es sich jetzt dreht, der Beilegung des Streiks der Riefelfeldarbeiter und der Vermeidung des Sympathiestreiks aller städtischen Arbeiter, wenig gebient sein. Es sieht ganz außer Frage, daß, falls nicht unverzüglich eine Basis gefunden wird, um zur Verständigung, oder doch wenigstens zunächst zu Verhandlungen zu kommen, dieser Streik ausbricht. Die Abstimmungen sind in den meisten Betrieben bereits erfolgt und haben eine starke Mehrheit für den Streik ergeben. Da die in Rücksicht stehenden Arbeiter erst noch abzustimmen haben, kann das vollständige Resultat der Abstimmung erst heute mittag festgestellt werden, doch ist an seinem Ausfall zugunsten des Sympathiestreiks nicht zu zweifeln. Wenn irgend möglich, muß natürlich versucht werden, die Stilllegung der Straßenbahnen, der Elektrizitätswerke, der Gaswerke, kurzum der gesamten städtischen Betriebe zu vermeiden.

In Anbetracht der schwierigen Situation, die sich daraus ergeben müßte, hat die Berliner Gewerkschaftskommission sich gestern nachmittag mit den Dingen beschäftigt. Sie kam zu dem Entschlusse, einen letzten Versuch zur Beilegung der Differenzen zu machen, bevor sie dem Solidaritätsstreik zustimmt, durch Einladung der drei sozialistischen Fraktionen angehörenden Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern. Hoffentlich hat diese heute nachmittag vor sich gehende Beratung den Erfolg, daß Einigungsverhandlungen zwischen dem Magistrat und dem Staats- und Gemeindearbeiterverband auf dem kürzesten Wege aufgenommen werden. Die Organisationsleiter sind ohne weiteres dazu bereit. Wahrscheinlich dürfte auch der Magistrat seinen ablehnenden Standpunkt nicht aufrecht erhalten, sobald eine Einigung nicht unmöglich ist.

## Zur kommunistischen Taktik.

Selbst die geringste Vinderung des Arbeitslosenstands ist den Moskowitern zuwider, weil sie befürchten, die Arbeitslosen könnten zufriedengestellt werden, die „revolutionäre Energie“ könnte erlahmen, ihre trotz aller Raffiniertheit plumpen Berührungsmethoden auch von den einfältigsten Arbeitern durchschaut werden. Erst weiterte man gegen die „Ballastmittel“ der 10 Punkte, jetzt tut man so, als ob man nichts Wichtigeres vorhabe als die Durchführung der 10 Punkte; weil sie den lächerlichen Machern der „Weltrevolution“ als Agitationsstoff geeignet erscheinen. Steht der ADB in Verhandlungen zur Durchführung der 10 Punkte, dann wird die Zeit genutzt, um tagtäglich in der „Roten Fahne“ gegen die „Gewerkschaftsbureaucratie“ zu hegen, daß sie sich um das Elend der Arbeitslosen nicht im geringsten kümmere, daß es ihr mit ihren 10 Punkten nicht ernst sei, sie nichts tue, um sie durchzuführen usw. Auch aber dann die „Rote Fahne“ schandenhalber berichten, daß dies und jenes beschlossen sei und geschehen soll, dann gibt sie es als „neue Verbesserung der Arbeitslosen“ aus, wie jetzt die Beschüsse der Ausschüsse im Reichswirtschaftsrat. Diese bedeuteten nur einen Beweis dafür, daß die parlamentarischen Aktionen vollständig verlagten, weshalb die Erfüllung der 10 Forderungen des ADB, auf dem Wege des Kampfes zu erzwingen seien. Darunter versteht die „Rote Fahne“, daß noch viel zu viele Arbeiter in Arbeit stehen, daß zur höheren Ehre der Weltrevolution, wenigstens der von Moskau geforderten größeren „Aktivität“, die Arbeiter von einem Ausstand in den anderen gehen sollten, bis die den Moskowitern notwendig erscheinende Verweissungstimmung den erforderlichen Höhepunkt erreicht hat. Die Moskowiter wissen, daß sie am wenigsten den Arbeitern und Angestellten helfen können. Das ist auch nicht ihre Absicht und nicht ihres Amtes. Ihre Aufträge aus Moskau gehen dahin, die deutsche Arbeiterschaft für die Moskauer Interessen einzufangen. Verweist man auf das Arbeiterelend in Moskau, auf die Mißachtung der einfachsten Arbeitergesetze, dann haben die Herrschaften alle möglichen Ausreden und Entschuldigungen zur Hand. Hier aber tun sie so, als wüßten sie nichts von alledem, was sich in Deutschland nach dem Kriege ereignet hat, nichts von der Niederlage des Landes, den wirtschaftlichen Folgen usw. Die kommunistische Agitation ist an keinerlei Tatsache gebunden, noch an Wahrheitsliebe oder sonstige „Bedenklichkeiten“.

Auf dem Eisenwerk Kraft bei Steftin legte Dienstag nachmittag infolge von Lohnforderungen die gesamte Belegschaft ohne vorangegangene Verhandlungen die Arbeit nieder. Die Technische Rathilfe hat eingegriffen, doch sind Verhandlungen eingeleitet worden.

Durch die technischen Angestellten und Beamten, Berlin Norden III., Versammlung am Freitag 7½ Uhr im Restaurant „Zum Hengstenberg“, Zentralverband der Angestellten. Heute: Kulturabend, 7 Uhr, Saphirstraße 17A, Rechtsanwaltsbureau 7½ Uhr, Englischer Hof, Algenstraße 20, Mitarbeiterversammlungen. Holz-Fachgruppenversammlung 7½ Uhr im Bürgerheim, Alte Schönhauserstraße 22A. — Gemeindeverwaltungsbekannt 18. Deffentl. Versammlung 7 Uhr im Roberts Waldschützen, Strögenstr.

Zentralverband der Schornsteine. Versammlung der Schornsteine, Funktionäre und Betriebsräte, Freitag 6 Uhr bei Schulz, Stollschreiberstraße 24.

Verantwortl. für den textl. Teil: Dr. Werner Reiter, Oberlottenburg; für Anzeigen: Th. Meise, Berlin. Verlag: Friedrich-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchverlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Inventar: H. Hergu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Schmewel“.

# Saison-Ausverkauf

Nur noch

## 3

Tage

Donnerstag · Freitag · Sonnabend

Reste

## Abschnitte

und

## Restbestände

Damenkleidung · Damenwäsche · Tisch- u. Hauswäsche · Herrenkleidung · Herrenwäsche · Kinderkleidung · Baumwollwaren · Leinen · Weißwaren · Seide · Kleiderstoffe · Waschstoffe · Trikotagen · Strümpfe · Lederwaren · Gardinen · Korbmöbel · Teppiche

# W. Fraeul

GEGR. 1815 \* BERLIN C \* KÖNIGSTR. \* SPANDAUERSTR.